

Wir Berlinerinnen

Juni 2009

Nr. 105

Liebe Ladies,

Seeungeheuer *Nessie* haben wir in Berlin nicht, aber dafür bleibt uns Eisbär *Knut* dauerhaft erhalten – wenn man einem anderen männlichen Wesen glauben darf. Als Optimistinnen sollten wir erst einmal davon ausgehen, dass der Regierende Bürgermeister Wort hält. Weg dagegen ist Bahn-Vorstandsfrau *Margret Suckale* und weiblichen Ersatz gibt es nicht – das steht bereits fest. Ein paar mehr Vorzeigefrauen aus der Wirtschaft wären schon schön auf dem Hauptstadtparkett – aber zum Glück haben wir ja unsere BSR-Chefin *Vera Gäde-Butzlaff*. Sie muss sozusagen stellvertretend für alle, die wir nicht haben, herhalten. Ärgerlich nur, dass der Berliner Senat so tut, als habe er mit der BSR-Vorstandsvorsitzenden sein Soll erfüllt. Jedenfalls hat er sich bisher äußerst großzügig über das Landesgleichstellungsgesetz ebenso wie über das Betriebsgesetz hinweggesetzt. Nun hat nicht nur der LFR genug von dieser Art männlicher Ignoranz, sondern die SPD-Frauen, allen voran *Eva Högl*, haben einen „offenen Streit“ angezettelt. Der Schreck scheint der rot-roten Männerriege um *Klaus Wowereit* und *Harald Wolf* doch etwas heftiger in die Knochen gefahren zu sein – der Senat will neue Regeln für die Managersuche, ließen beide verkünden.

Irgendwie ist es absurd: Wir feiern 60 Jahre Gleichberechtigung und sind davon überzeugt, dass Frauen alles können und alles dürfen – aber man lässt sie nicht. Das zeigt uns der neueste Report des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin: „Frauen sind in den Spitzengremien der großen Unternehmen nach wie vor massiv unterrepräsentiert.“ Im Untersuchungszeitraum 2008/2009 waren in den 200 größten Unternehmen außerhalb des Finanzsektors nur 2,5 Prozent der Vorstandspositionen mit Frauen besetzt und in den Vorständen der 100 größten Banken und 58 größten Versicherungen kamen sie mit 1,9 und 2,4 Prozent auch nur in Form von Spurenelementen vor. So gesehen ist es nur konsequent, dass sich die Herren in den Vorständen höchst selten von weiblichen Aufsichtsräten kontrollieren lassen. So weit, so schlecht. Erfreulich dagegen, dass Frauen bei den Studienanfängern in der Überzahl sind. Aber eine Garantie für späteren Erfolg ist das nicht. Hoffentlich haben sie mitbekommen, dass die Lebenszufriedenheit von Müttern am größten ist, wenn sie Vollzeit (!) arbeiten – das hat kürzlich ebenfalls das DIW herausgefunden. Wenn sie dann noch lernen, sich (mindestens) so geschickt in Szene zu setzen wie unser aller *Knut*, ist mir um unsere Nachwuchsfrauen ein bisschen weniger bang.

Herzlichst Ihre



In Kürze

Weniger Geburten

♦ Die Zahl der in Deutschland geborenen Kinder ist 2008 leicht zurückgegangen: Wurden 2007 noch 683.000 Kinder geboren, waren es laut Statistischem Bundesamt im vergangenen Jahr 675.000. Das vorläufige Jahresergebnis liegt unterhalb der Schätzung von etwa 680.000 bis 690.000 Geburten vom Anfang dieses Jahres.

Feminismus & Finanzkrise

♦ Haben die Finanzkrise, die staatlichen Reaktionen darauf oder die Auswirkungen der Krise auf die Gesellschaft ein Geschlecht? Beiträge und Informationen zu diesem Thema sind unter www.genanet.de/positionen nachzulesen.

Neue Vorsitzende

♦ Seit 9. Juni ist die Grünen-Bundestagsabgeordnete Irmgard Schewe-Gerigk (61) neue Vorstandsvorsitzende der Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes. Bundesgeschäftsführerin Christa Stolle bleibt weiterhin Vorstandsmitglied. Bis spätestens 2011 will der neue Vorstand die Bundesgeschäftsstelle der Organisation von Tübingen nach Berlin verlegen.

Demografischer Wandel

♦ In ihren Empfehlungen vom März 2009 kommt die Akademiengruppe „Altern in Deutschland“ zu dem Schluss, dass sich Wohlstand und Wohlfahrt auch unter den Bedingungen des demografischen Wandels erhalten lassen – aber nicht ohne notwendige Veränderungen. Dazu gehören ein Loslösen von überkommenen Altersbildern und die Auflockerung der typischen Lebensabfolge von Bildung, Arbeit und Ruhestand. Vor allem die Zivilgesellschaft profitiere davon, denn freiwilliges Engagement biete älteren Bürgerinnen und Bürgern auch nach ihrem Erwerbsleben vielfältige Möglichkeiten zur persönlichen Entwicklung, Anerkennung und Integration (www.altern-in-deutschland.de).

Inhalt

Thema

Debatte um Stellenbesetzungen Seite 7 bis 9

LFR Aktuell

Schlagabtausch der Frauenpolitikerinnen Seite 5

LFR-Jubiläum: Ehemaligentreffen Seite 6

Berlin

Tagung „Beziehungsweisen“ Seite 10

ARP-Stellen neu ausgeschrieben Seite 11

Treffen der Senatorinnen Seite 12

Zeitpunkte feierten Seite 12

Frauenpolitik national

„Berliner Erklärung“ unterzeichnet Seite 16

Helene-Weber-Preis verliehen Seite 16

Rückblick: Equal Pay Day 2009 Seite 17

Erfolgsfaktor Familie Seite 18

Diskriminierung im Alltag Seite 18

Doku: Streitfall RTL-Serie Seite 19

Soziales Engagement von Unternehmen Seite 24

Frauenpolitik international

Anforderungen an EU-Politik Seite 20

Neue Rahmenrichtlinien Seite 21

Verbände auf einen Blick

100 Jahre KDFB Berlin Seite 22

Gender-Index Seite 22

Resolution zum Gebärmutterhalskrebs Seite 23

Feminisierung in der Medizin Seite 23

Rubriken

Impressum Seite 2

LFR unterwegs Seite 3 und 4

Neue Studien Seite 13 bis 15

Tipps Seite 11 und 15

Impressum

Herausgeber:

LandesFrauenRat Berlin e.V.

Sigmaringer Straße 1, 10713 Berlin

Telefon: 030/785 70 10, Fax: 030/86 00 88 40, E-Mail: lfr-berlin@t-online.de

www.landesfrauenrat-berlin.de, www.lfr-berlin.de

Redaktion: Juliane Freifrau von Friesen (ViSdP), Sabine Röhrbein

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasserin und nicht unbedingt die Meinung des LandesFrauenRates wieder. Beiträge oder Auszüge dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung des LandesFrauenRates Berlin e.V. von Dritten veröffentlicht werden. Davon ausgenommen sind der Deutsche Frauenrat und die Dachverbände der Frauenverbände in den Bundesländern.

Erscheinungsdatum: 23.06.2009

Ehrung der „Berliner Stadtteilmütter“

♦ „For its contribution to better quality of life“ – Klaus Wowereit war der Stolz erkennbar ins Gesicht geschrieben, als er am 12. März großflächige Kopien der Urkunde des Metropolis Award 2008 im Roten Rathaus verteilte. Empfängerinnen dieser der City of Berlin am 24. Oktober 2008 in Sidney (Australien) verliehenen Auszeichnung waren die Berliner Stadtteilmütter. Im Berliner Rathaus leicht erkennbar an ihren roten Schals haben sie durch ihren Einsatz in vielen Kiezen maßgeblich dazu beigetragen, dass sich die Lebensqualität spürbar verbessert hat. Sie kommen aus vielen Ländern, wie dem Libanon, der Türkei, Ägypten, Syrien und Marokko und kümmern sich um Familien, deren Mitglieder zwar in Berlin leben, aber noch nicht so recht in der Stadt „angekommen“ sind. Sie begleiten sie zu Behörden ebenso wie zu Ärztinnen und Ärzten, helfen Kindern bei Schulproblemen und Jugendlichen bei der Ausbildungsplatzsuche. Darüber hinaus geben sie vor allem Müttern mehr Selbstbewusstsein. Der Regierende Bürgermeister lobte die Arbeit der Stadtteilmütter „für



Die von Klaus Wowereit signierte Urkunde.

ganz Berlin über Neukölln hinaus“. Dort hatte es mit 5.000 Euro Startgeld an der Schillerpromenade angefangen, erzählte der ebenfalls sichtliche stolze Heinz Buschkowsky. Der ebenso umtriebige wie ideenreiche Neuköllner Bezirksbürgermeister wusste zu berichten, dass von insgesamt 150 ausgebildeten Stadtteilmüttern derzeit 110 aktiv sind. Die Ausbildung ist durch die Agentur für Arbeit gefördert worden und dass es so bleibt, dafür stand quasi als Garant Konrad Tack, der reaktivierte Geschäftsführer der Arbeitsagentur Berlin-Süd, der aktuell das Jobcenter Neukölln leitet. Er war zur Ehrung der gut gelaunten Stadtteilmütter ebenso gekommen wie die Politikerinnen Gisela von der

Aue, Heidi Knake-Werner, Hella Dunger-Löper und Monika Helbig sowie der Vorsitzende der türkischen Gemeinde Kenan Kolat.

„Sekt ist zu früh!“ Mit diesen Worten wollte Klaus Wowereit die vorzeitig mit Getränken erschienenen Kellner aus dem Wappensaal scheuchen. „Sekt ist nie zu früh!“ ertönte es sofort aus den Reihen der Stadtteilmütter mit der Folge, dass sich die Tablettis ganz schnell leerten. LFR-Schatzmeisterin Anneliese Wolf nutzte den Trubel, um für den LFR eine der begehrten Urkunden zu ergattern, die der Regierende Bürgermeister auf Bitten der LFR-Vorsitzenden Juliane von Friesen anschließend signierte.

JvF

Getümmel beim SPD-Frauenempfang

♦ Franz Müntefering blieb ganz locker. Es war einfach „gut drauf“, wie über ihn bereits in der Financial Times Deutschland am 8. Mai zu lesen war. Nachdem er die Vorsitzende des LFR Berlin zunächst am 29. April bei der Vernissage von Günther Scharein in der Investitionsbank Berlin getroffen, sie dann als Moderatorin bei seinem Soloauftritt am 12. Mai bei den Berliner Wirtschaftsgesprächen erlebt hatte, wurde er am 13. Mai schon wieder mit ihr in der ungarischen Botschaft „konfrontiert“. Dort fand der „Frauenpolitische Empfang“ der Berliner SPD statt. Natürlich blieben die Männer diesmal in der Minderheit, wie der Berliner SPD-Vorsitzende Michael Müller in seiner Begrüßung nach kurzem Blick ins Publikum bemerkte. Er bekam Beifall für die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit und dem Hinweis auf die Einführung von Gender Budgeting im Berliner Haus-

halt. Richtig in Fahrt kamen die Frauen, als er sich zu mehr Frauen in den Vorständen der Berliner Betriebe bekannte. Zugleich wies er nicht ohne Stolz auf die 39 Prozent Frauen in den Aufsichtsräten hin, bei denen der Senat ein Entsendungsrecht hat. Den Sprung von der Landes- zur Bundespolitik unternahm Gesine Schwan, die sich trotz des Endspruchs um das Bundespräsidialamt gewohnt locker und engagiert gab. Mit Dagmar Roth-Behrendt, die erneut für das Europäische Parlament kandidierte, war man endgültig auf der ganz großen Bühne, nämlich der europäischen angekommen. Wie wichtig hier eine enge Zusammenarbeit ist, hatte zuvor schon der ungarische Botschafter Sandor Peisch in seiner vielbeklatschten Begrüßungsansprache betont. Die dicht gedrängt im Atrium der Botschaft stehenden Frauen – bei weitem nicht nur SPD-Mitglieder – genossen

diesen Abend ungeachtet der vielen Reden sichtlich. LFR-Schatzmeisterin Anneliese Wolf plauderte angeregt mit den DHB-Damen Monika Wittkowski und Silke Schönrock sowie mit Jutta Glock. Die DJB-Landesvorsitzende war ungeachtet ihrer zeitlichen Beanspruchung als Anwältin und Verbandsfrau ebenso gekommen wie Ex-Bundesministerin und -Senatorin Christine Bergmann, Justizsenatorin Gisela von der Aue und – verspätet, weil noch eine Abstimmung im Bundestag anstand – die Berliner SPD-MdBs Petra Merkel und Mechthild Rawert. Die LFR-Vorstandsfrau tankte erst einmal neue Energie, dann stürzte auch sie sich ins „Getümmel“. Da badete „ihre“ Vorsitzende bereits in demselben – wie gesagt: Franz Müntefering war und ist einfach „gut drauf“.

Juliane von Friesen

Rote Taschen - ein Erfolgsmodell?!

♦ Eine Idee, importiert aus den USA, engagiert umgesetzt in Deutschland – und flugs wird daraus eine Erfolgs-story. So geschehen am 20. März in Berlin: Da wurden die Business and Professional Women (BPW) Germany im Rahmen der Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ als „Ausgewählter Ort im Land der Ideen“ ausgezeichnet. Das Frauennetzwerk – in Berlin natürlich Mitglied im LFR – wurde für die bundesweite Einführung des Equal Pay Day geehrt. Dass dies am 20. März geschah, lag daran,

dass Frauen in Deutschland exakt bis zu diesem Tag arbeiten mussten, um dasselbe Einkommen zu erzielen, das Männer bereits am 31. Dezember des Vorjahres erreicht hatten. Mit dabei war die „Rote Tasche“ als Symbol und Markenzeichen: Rot gleich leer, lautete die Botschaft (siehe Seite 17). Bettina Schleicher, BPW-Past President und Vize-Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, schleppte eine gar koffergroße rote Tasche herbei. „Die Aktion ist darauf angelegt, sich selbst abzuschaffen –

je eher desto besser!“, verkündete sie nach Übergabe des Preises an BPW-Präsidentin Dagmar Bischof. Die konnte zwar noch nicht den genauen Ort benennen, an dem die von Bundespräsident Horst Köhler unterzeichnete Urkunde aufgehängt werden soll, aber die dazugehörige Stele wollte sie wirkungsvoll auf ihrem Schreibtisch platzieren. Zu den Gratulanten im Louise-Schroeder-Saal im Berliner Rathaus gehörten für den LFR Berlin Juliane von Friesen und Annelese Wolf. JvF

Debatte: Reif für die neuen Väter?

♦ Für die durch zahllose Veranstaltungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie gestählte LFR-Vorsitzende war bereits die Zahl der in der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) am 22. April anwesenden Männer eine Überraschung: Diese machten etwa ein Drittel der Anwesenden aus, insbesondere wenn man Referenten und Kinder männlichen Geschlechts mitzählte. Das Thema „Unternehmen Vereinbarkeit – Reif für die neuen Väter?“ war offenbar attraktiv. Überraschung Nr. 2: Es gibt sie tatsächlich, die neuen Väter. Aber was macht diese Väter zu neuen?

Die Antwort gab Christine Klenner vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSJ) in der Hans-Böckler-Stiftung: Die neuen Erzeuger sind familienaktiv. Aber welche Aktivitäten entfalten sie in der Familie? Ganz offensichtlich wollen sie (wieder) spielen. Das jedenfalls offenbarten die vier großflächigen Bilder auf der Stellwand in der FES hinter dem Podium: Auf drei von ihnen waren Männer „in freier Wildbahn“ eindeutig in Spielsituationen mit jeweils einem Kind zu sehen. Und auf dem vierten gab es eine lustige Küchenschlacht. Das ist das Familienleben wohl aus Sicht der neuen Väter. Das ein wenig Skurrile oder doch zumindest Irreale der Bilder war übrigens nur den älteren unter den anwesenden Müttern aufgefallen, wohingegen die Jüngeren einräumten, dass es ihnen nicht bewusst geworden sei, wie wenig die Bilder mit der realen Familienwelt und

Hintergrund

Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2010 das familienfreundlichste Land Europas zu werden. Entsprechende Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dass das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf hierbei eine zentrale Rolle spielt, wird zunehmend erkannt. Dennoch wünschen sich 90 Prozent der Beschäftigten mehr familienfreundliche Angebote. Dies gilt insbesondere für die so genannten „neuen Väter“, die im Kontext der Debatte um den Wandel von Familie besondere Aufmerksamkeit verdienen: Schließlich sind gerade sie aufgerufen, nicht mehr nur Ernährer, sondern auch Erzieher zu sein. Immerhin: Väter stellten 2008 etwa 15 Prozent aller Elterngeldempfänger/-innen. Doch noch immer klafft eine starke Diskrepanz zwischen dem Wunsch und der Handlungspraxis vieler Väter. Die es wagen, stoßen trotz flexibler Arbeitszeit oder Kinderbetreuung immer wieder auf Hindernisse. Vor diesem Hintergrund suchte die FES-Tagung Antworten auf folgende Fragen: Wie lässt sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Geschlechter verbessern? Vor welchen Herausforderungen stehen die Väter? Was tun Unternehmen für eine väterfreundliche Arbeitswelt?

-arbeit zu tun hatten. Männer hingegen betonten, dass es doch so wichtig sei, „richtig“ mit Kindern zu spielen. Irgendwie merkwürdig, geradezu surreal, aber doch auch sympathisch. Bei der Podiumsdiskussion am Nachmittag wirkte besonders der Väterbeauftragte der Charité, Jakob Hein, erfrischend. Als Erster seiner Zunft in Deutschland erzählte er, wie er von Anfragen von Vätern oder solchen, die es werden wollen, überschüttet würde. Der Arzt und Schriftsteller, der selber fünf Monate Auszeit für seinen ersten Sohn genommen hat, würde seine Kollegen ermuntern, es ihm nachzutun. Angesichts des Ärztemangels würde allerdings das Universitätsklinikum Elternzeiten von Ärzten nur zähneknirschend gewähren, vor allem auch, um einer endgültigen Abwanderung des ärztlichen Personals vorzubeugen. Auch die Diversity-Beauftragte von Fraport, Martina Rost, räumte ein, dass man auch am Flughafen Frankfurt/Main noch nicht so weit sei, Mitarbeiter regelrecht zu animieren, in Väterzeit zu gehen. Aber immerhin wäre die Zahl der aktiven Väter seit Einführung der Elternzeit von drei pro Jahr auf über 50 gestiegen.

Der LFR wird diese interessante Entwicklung aufmerksam beobachten und spätestens 2010 eine Veranstaltung zum Thema „Neue Väter“ anbieten. Wo Väter, ob neu oder alt, sind schließlich auch Mütter, und somit ist es ein wichtiges Frauenthema.

Juliane von Friesen

Erster Schlagabtausch der Frauenpolitikerinnen

LFR-Wahlforum zur Bundestagswahl

♦ Dass CDU nicht gleich SPD ist und FDP, Linke und Bündnis 90/Die Grünen sich nicht nur in Sonntagsreden voneinander absetzen, konnten die Gäste des ersten LFR-Wahlforums zur Bundestagswahl Mitte Juni live erleben. Elke Breitenbach, MdA (Linke), Anja Kofbinger, MdA (Bündnis 90/Grüne), Mechthild Rawert, MdB (SPD) und Beisitzerin im LFR-Vorstand, Mieke Senftleben, MdA (FDP) und Bundesvorsitzende der Liberalen Frauen sowie Stefanie Vogelsang (CDU) verdeutlichten, was für sie und ihre Partei Gleichstellungspolitik bedeutet und welche konkreten politischen Vorhaben sie als Bundestagsabgeordnete umsetzen würden. Mieke Senftleben, die als Wahlkreis-kandidatin in Reinickendorf um ein Bundestagsmandat kämpft, gab gleich zu, dass ihre Partei die Belange von Frauen in jedem Politikfeld mitdenken würde und Frauenpolitik so gesehen kein Schwerpunkt ihrer Partei sei. Eine Quotenregelung für die Kandidatenaufstellung einzuführen, sei nach wie vor umstritten. Tatsächlich sehe die Teilhabe von Frauen in der Berliner FDP „erbärmlich aus“. Senftleben: „Da muss sich was in den Köpfen bewegen.“ Auf der FDP-Landesliste ist jedenfalls nur eine einzige Frau zu finden, außer ihr kandidiert eine weitere Liberale direkt für einen Wahlkreis (Hanaa El-Hussein in Lichtenberg-Hohenschönhausen).

In der Linkspartei sieht das Verhältnis erwartungsgemäß anders aus: Frauen- und Gleichstellungspolitik sind ein zentrales Thema und sämtliche Parteigremien quotiert. Doch seit dem Zusammengehen von PDS und WASG hätten es die Parteifrauen schwerer, bekannte Elke Breitenbach. Durch ihre frauenpolitische Arbeit an der Universität und als Gewerkschaftssekretärin ist sie für Mechanismen sensibilisiert, die den Ausschluss von Frauen zum Ziel haben. „Schon auf der untersten Ebene wird Frauen sehr viel Mut genommen“, sagte sie. Es gebe Tendenzen, die Quotierung auszuhöhlen: In der PDS seien die Frauenplätze einfach leer geblieben, wenn sich keine gefunden hätte. Heute werden stattdessen Männer gewählt. „Wir müssen festhalten, was wir erkämpft haben“, betonte die Arbeitsmarktpolitikerin. Für die Linkspartei kandidieren vier Frauen in den zwölf Berlin-Wahlkreisen. Für die CDU-Frau Stefanie Vogelsang – gerade durch Parteifreunde aus dem Amt als Bezirksstadträtin abgewählt – steht fest: „Frauen müssen Frauen unterstützen.“ Für ihre Partei sei Gesellschafts- und Sozialpolitik wichtiger als Frauenpolitik und eine Quote für Aufsichtsräte, wie andere sie fordern, „wohl nicht denkbar“. Sie ist sich selber auch noch nicht sicher, ob sie dies wolle. Zur Bundestagswahl tritt die CDU Berlin mit vier

Wahlkreis-kandidatinnen und vier Listenkandidatinnen an. Dies sei „eine kleine Revolution“, bekannte Vogelsang, die in Neukölln um Stimmen für sich wirbt.

Ihre direkte Konkurrentin in dem Wahlkreis ist die Grüne Anja Kofbinger, die sich als „leidenschaftliche Frauenpolitikerin“ bezeichnet. In ihrer Partei sei das kein Hinderungsgrund für die politische Karriere. Im Wahlprogramm der Grünen nehme Gleichstellungspolitik einen großen Raum ein, fünf Wahlkreis-kandidatinnen haben sie in Berlin aufgestellt. Kofbinger weiß genau, was sie im Bundestag will: „Das Gebot der Gleichstellung ist nach wie vor nicht eingelöst.“ Der Fokus der Bundespolitik liege immer nur auf der Frau als Mutter. Das möchte sie ändern.

Die Sozialdemokratin Mechthild Rawert, als einzige in der Kandidatinnenrunde mit Erfahrungen in der Bundespolitik, weiß: „Frauenpolitik ist elementare Strukturpolitik. Bürgerrecht und Gender gehören zusammen. Es gibt kein Feld, das nicht von Frauen nach Genderaspekten gesichtet werden muss.“ Für sie ist die Quote nichts Unanständiges, schließlich scheuen sich die Männer nicht, ihre Seilschaften zu nutzen. Für die Berliner SPD kandidieren in den Wahlkreisen drei Frauen, auf der Landesliste sind es sechs von 13 Plätzen.

sbr

Der LandesFrauenRat Berlin
gratuliert

Christine Rabe

Gleichstellungsbeauftragte Charlottenburg-Wilmersdorf

recht herzlich
zum 60. Geburtstag!

Einladung zum Ehemaligentreffen

♦ Am 9. Juli 1979 gründete die Arbeitsgemeinschaft Berliner Frauenverbände im Raum 2113 im Rathaus Schöneberg mit einem einstimmigen Beschluss den LandesFrauenRat Berlin e.V. als neuen Dachverband der Frauenorganisationen in Berlin. Am 9. Juli 2009 jährt sich dieses Ereignis zum 30. Mal - Grund genug für ein Treffen der ehemaligen LFR-Aktiven am einstigen Gründungsort. Der LFR Berlin lädt dazu am Vormittag ins Casino des Rathauses am John-F.-Kennedy-Platz ein. Daran schließt sich ein Rundgang mit Stadtführerin Gudrun Blankenburg an, der am Raum 2113 beginnt.

„Unter dem Motto „30 Jahre LFR Frauen bewegen Berlin“ wollen wir an unserem Gründungstag mit Ihnen gemeinsam auf diese Zeiten zurückschauen“, schreibt die LFR-Vorsitzende Juliane von Friesen in der Einladung. „Sie haben Ihre Organisation vertreten, haben im Plenum und in unzähligen Veranstaltungen Ideen eingebracht, Forderungen und Stellungnahmen formuliert und für mehr Chancengleichheit für Frauen gestritten, kurz: Seite an Seite mit anderen LFR-Frauen aktiv Frauen- und Gleichstellungspolitik für das Land Berlin gestaltet. Dafür wollen wir Ihnen Dank sagen.“ Bei dem Treffen können sich die Ehemaligen mit dem LFR-Vorstand und den Aktiven von heute in lockerer Runde austauschen. Dazu wird Carola von Braun einen Impuls geben: Als erste Frauenbeauftragte des Berliner Senats von 1984 bis 1990 und als Gründungsfrau und Sprecherin der Überparteilichen Fraueninitiative gibt es zahlreiche Berüh-

30 Jahre LandesFrauenRat Berlin e.V.

rungspunkte ihrer Arbeit mit dem LFR. Vielfach taucht ihr Name in der Verbandspublikation „Wir Berlinerinnen“ auf, der LFR hat ihre Arbeit stets kritisch, häufig auch mit breiter Zustimmung begleitet. Einen zweiten Impuls wird Marlies Brouwers geben, die sich seit vielen Jahren als Delegierte für den KDFB in der LFR-Mitgliederversammlung und als LFR-Vor-

Stadtführungen für Frauen

Frauenpflaster Schöneberg

9. Juli 2009 um 13 Uhr
mit Gudrun Blankenburg

Start: Rathaus Schöneberg
Teilnahme-Beitrag: 10 Euro

Sie lebten ihrer Zukunft ein Stück voraus

26. August 2009 um 18 Uhr
mit Claudia von Gélieu (Frauentouren)

Start: Berliner Rathaus
Teilnahme-Beitrag: 10 Euro

Frauen zwischen Volksbühne und Kulturbrauerei

20. September 2009 um 15 Uhr
mit Ursula Sillge (Lila Archiv)

Start: Volksbühne (Rosa-Luxemburg-Platz)
Teilnahme-Beitrag: 10 Euro, ermäßigt 6 Euro

Anmeldungen in der LFR-Geschäftsstelle
unter 785 70 10, per Email an lfr-berlin@t-online.de

standsfrau engagiert. Die Teilnehmerinnen sind aufgefordert, die Runde mit eigenen Erinnerungen, Episoden und Anekdoten aus ihrer LFR-Zeit mit zu gestalten.

Die sich um 13 Uhr anschließende Führung „Frauenpflaster Schöneberg“ ist für alle interessierten Frauen offen. Zum Rundgang gehört noch im Rathaus Schöneberg ein Blick in den Louise-Schroeder-Saal und auf das Wirken der Berliner Oberbürgermeisterin. Auf dem Weg gilt es kämpferische Frauen und Dichterinnen kennenzulernen. Am Viktoria-Luise-Platz stellt die Stadtführerin den Lettverein und in der Schwäbischen Straße 17 das Pestalozzi-Fröbel-Haus vor – 1908 die Gründungsstätte der heutigen Alice-Salomon-Hoch-

schule Berlin durch Alice Salomon. Wer an der Führung teilnehmen möchte, sollte sich möglichst rasch in der LFR-Geschäftsstelle telefonisch unter 785 70 10 oder via Mail an lfr-berlin@t-online.de anmelden. Gleiches gilt für ehemalige LFR-Aktive, die bisher keine Einladung erhalten haben und an dem Ehemaligentreffen oder anderen Veranstaltungen im Jubiläumsjahr teilnehmen möchten. Bitte melden Sie sich in der LFR-Geschäftsstelle, damit wir Ihre Daten aufnehmen können! Das Jubiläumsprogramm unter dem Motto „30 Jahre LFR – Frauen bewegen Berlin“ findet seine Fortsetzung mit weiteren Stadtführungen für Frauen. Am 16. November ist ein Festakt im Berliner Rathaus geplant. sbr

Rechtswidrige Stellenbesetzung bei Landesbetrieben

♦ „In der Vergangenheit sind die Stellenbesetzungen im Vorstand von Berliner Betrieben in rechtswidriger Weise erfolgt. Die Stellenbesetzungen sind nunmehr rückgängig zu machen und die Stellen sind neu auszuschreiben.“ So unmissverständlich formulierte Dr. Jutta Glock, Vorsitzende des Deutschen Juristinnenbundes (djb) Berlin, ihr Fazit bei der Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Technologie und Frauen im Berliner Abgeordnetenhaus am 30. März. Thema war die Aufforderung an den Senat, Maßnahmen zu ergreifen, um in den Vorständen und auf den Führungsebenen von Unternehmen mit Beteiligung des Landes den Frauenanteil so zu erhöhen, dass diese geschlechtsparitätisch besetzt sind. Vor allem daran, dass Stellen nicht öffentlich ausgeschrieben worden sind, nahm Dr. Glock Anstoß. Die zweite Sachverständige, die Personal- und Managementberaterin Sybille Uken, bekräftigte die Darstellung und verwies auf Stellenbesetzungen bei der BVG, die ohne öffentliche Ausschrei-

bung intern besetzt worden sind. Sie forderte ebenso wie Jutta Glock ein transparentes Besetzungsverfahren. Unken: „Die öffentliche Ausschreibung erhöht nicht nur die Transparenz des Verfahrens, sie sorgt auch für eine breite Streuung der Information, dass eine Führungsposition zu besetzen ist, auf die sich geeignete Frauen und Männer bewerben können.“

Die djb-Vorsitzende nannte unter anderem das Landesgleichstellungsgesetz (LGG) als gesetzliche Grundlage für die paritätische Stellenbesetzung. Es verpflichtet Einrichtungen des Landes Berlin zu einer aktiven Gleichstellung von Frauen und Männern und verlange die bestehende Unterrepräsentanz von Frauen zu beseitigen. Die Pflicht zur öffentlichen Ausschreibung leitete sie ebenso aus der Berliner Verfassung (Art 19, Abs. 2) ab, weitere Grundlage ist das Berliner-Betriebe-Gesetz (BerlBG § 28). Der Senat habe zur Erhöhung des Anteils von Frauen und geschlechterparitätischen Besetzung auf Vorstands- und Führungsebene dafür Sorge zu tra-

gen, „dass die gesetzlichen Vorgaben nach den Vorschriften des LGG und BerlBG tatsächlich eingehalten werden“. Der djb schlägt verpflichtende Schulungen aller Aufsichtsräte der Berliner Betriebe vor, „um sicherzustellen, dass zukünftig die Stellenbesetzung im Vorstand der jeweiligen Berliner Betriebe ordnungsgemäß erfolgen und eventuelle Schadenersatzansprüche aus der Rückabwicklung von Stellenzuweisungen vermieden werden können“.

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat sich nach der Anhörung den Forderungen der Expertinnen angeschlossen. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) hat mit Schreiben an den SPD-Fraktions- und Landesvorsitzenden Michael Müller sowie die Senatoren Thilo Sarrazin und Harald Wolf reagiert. Ferner kündigte die ASF an, auf dem SPD-Landesparteitag am 17. Mai einen Antrag einbringen zu wollen, der die Rückabwicklung der gesetzeswidrig erfolgten Stellenbesetzung im BVG-Vorstand fordert. sbr

Führungskräftemonitor: Empfehlung für Transparenz bei Stellenbesetzungen

♦ „Es gibt positive Ansätze, aber keine Trendwende“ betonte Elke Holst vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin jüngst bei der Vorstellung des Führungskräftemonitors, den das DIW im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellt hat. Die Ergebnisse der Studie sind ernüchternd: Seit 2001 gibt es beim Anteil der Frauen in Führungspositionen kaum Fortschritte. In den Top-Positionen der deutschen Wirtschaft sind Männer nahezu unter sich. Die Monatsverdienste der Frauen liegen bei den vollzeitbeschäftigten Führungskräften rund ein Viertel unter dem der Männer. Auch die Sondervergütungen fallen für Frauen geringer aus. Eine Ursache für die schlechten Karrierechancen von Frauen ist laut der Studie die Trennung des Arbeitsmarktes in „Frauen“- und „Männerberufe“, die sich bis in die Führungspositionen auswirkt. Bildung und Be-

rufserfahrung sowie die Persönlichkeitseigenschaften spielen hingegen kaum eine Rolle. Ein besonders hohes Karriererisiko für Frauen stellt die Familienbildung dar – ein verpasster Karriereanstieg kann später nur schwer korrigiert werden. „Politik und Unternehmen müssen Anreize setzen, damit Frauen nicht nur in typischen Frauenberufen und Männer nicht nur in Männerberufen landen“, meint DIW-Expertin Holst. Diese Trennung sei auch mitverantwortlich für die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen.

Eine im DIW-Wochenbericht 18/2009 veröffentlichte Untersuchung ergänzt das Bild: Unter der Überschrift „Nach wie vor kaum Frauen in den Top-Gremien großer Unternehmen“ stellen Elke Holst und Julia Schimeta fest, dass in den 200 größten deutschen Unternehmen (ohne Finanzsektor) derzeit nur 2,5 Prozent der Spitzenpositionen von Frauen besetzt sind. In den Vorständen der 100 größten

Banken und 58 größten Versicherungen ist der Frauenanteil mit 1,9 und 2,4 Prozent verschwindend gering. In den Aufsichtsräten der Top 200 sind die Frauen mit gut neun Prozent vertreten (Banken 15,5/Versicherungen 13,4). Der überwiegende Teil der Frauen in Aufsichtsräten sind Vertreterinnen der Arbeitnehmerseite.

Der Führungskräftemonitor empfiehlt Politik und Wirtschaft drei Schritte: → Einen verbindlichen Fahrplan mit festen Zielgrößen, klar zugeordneten Verantwortlichkeiten und Sanktionsmechanismen.

→ Mehr Transparenz bei der Entlohnung und der Besetzung von Führungspositionen. Verstärkte Anreize zur Verminderung der Segregation am Arbeitsmarkt.

→ Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch in Führungspositionen. Die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten von Frauen und Männern sollten organisatorisch berücksichtigt werden. sbr

Stellenbesetzungen: So soll es weitergehen

♦ Beim Landesparteitag am 17. Mai 2009 „hat sich die Berliner SPD für Gleichstellung und für das Leistungs- und Fähigkeitsprinzip entschieden“, fasst die SPD-Bundestagsabgeordnete und LFR-Vorstandsfrau Mechtild Rawert den Zwischenstand der Debatte um die Stellenbesetzungen im Vorstand von Berliner Betrieben zusammen. „Bei der Besetzung von Führungspositionen gilt Transparenz und Qualifikation, männliche Geschlechtszugehörigkeit ist kein Vorfahrtschein“, so Rawert. Mit dem mit großer Mehrheit beschlossenen Initiativantrag stärke ihre Partei ihre erfolgreiche Frauen- und Gleichstellungspolitik und bekräftige auch ihre grundsätzliche Forderung nach einem Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft.

Unter der Überschrift „Geschlechterparitätische Besetzung von Leitungsfunktionen in öffentlichen Betrieben“ heißt es unter anderem: „Bei der Besetzung von Leitungsfunktionen und Organen (Vorstände, Beiräte, Aufsichtsgremien, etc.) landeseigener Unternehmen und von Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes Berlin werden die rechtlichen Vorgaben für die Gleichstellung von Männern und Frauen uneingeschränkt umgesetzt.“ Oberstes Ziel sei „die Beseitigung der Unterrepräsentanz von Frauen“. In Unternehmen mit Minder-

heitsbeteiligung des Landes werde sich Berlin „mit Nachdruck für eine geschlechterparitätische Besetzung stark machen“. Der Beschluss weiter: „Die zuletzt erfolgte Besetzung des BVG-Finanzvorstands stellt eine Nichtbeachtung gesetzlicher Vorgaben dar. Die sozialdemokratischen und die von der SPD benannten Mitglieder des Senats von Berlin werden aufgefordert, umgehend rechtlich zu prüfen, wie die schweren Verfahrensfehler geheilt werden können (Rückabwicklung, Vertragsauflösung) und die dafür notwendigen Schritte einzuleiten.“ Die geschlechterparitätische Besetzung von Vorständen, Aufsichtsräten, Beiräten und anderen Aufsichtsgremien müsse ohne Ausnahme betrieben werden. Bei künftigen Besetzungen sollen die Stellen unbedingt öffentlich ausgeschrieben werden. „Das Landesgleichstellungsgesetz ist dahingehend zu ändern, dass das Gebot der öffentlichen Ausschreibung im Falle einer Unterrepräsentation von Frauen insbesondere für die Besetzung von Positionen im Leitungs- und Bereich, bei Organen und Vorgesetzten- und Leitungspositionen Anwendung findet“, so der Beschluss. Die Bewerbung von Frauen sei aktiv zu fördern, Frauen sollen gezielt angesprochen werden. Die Mitglieder der beteiligten Organe der Unternehmen sollen auf die rechtlichen Vorgaben für die Gleich-

stellung von Frauen und Männern durch Weisung des Eigentümers hingewiesen und entsprechend geschult werden.

Einladung an Frauenbeauftragte

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) sucht im Nachgang des „BVG-Falls“ das Gespräch mit den Frauenbeauftragten und Frauenvertreterinnen: Sie sind Mittwoch, den 24. Juni 2009, um 19.30 Uhr ins Abgeordnetenhaus eingeladen, um mit den SPD-Frauen die Lage in punkto Besetzung von Organ-, Führungs- und Leitungsfunktionen zu bewerten. „In den vergangenen Monaten haben wir Frauen beispielhaft erfahren, wie die Besetzung von Führungspositionen erfolgt: Hinter verschlossenen Türen, durch Männer, zugunsten von Männern“, heißt es in der Einladung. „Uns zeigt der Vorgang, dass wir Frauen noch genauer hinsehen und kontrollieren müssen, ob wir auf dem aktuellen Stand der gesetzlichen und rechtlichen Entwicklung sind und ob unsere gesetzlich verbrieften Rechte eingehalten werden. (...) Wir werden keine Ruhe geben, bis Frauen in Berlin das Recht bekommen, das ihnen zusteht – und weiterhin gemeinsam und öffentlich die Einhaltung von Recht und Gesetz fordern!“ heißt es abschließend. *sbr*

Bündnisgrüne kritisieren Senatspolitik

♦ „Als Konsequenz auf die rechtswidrige Besetzung muss der Berliner Senat zukünftig für alle Aufsichtsräte eine verpflichtende Schulung durchführen, um sicherzustellen, dass zukünftig Stellenbesetzungen im Vorstand der jeweiligen Betriebe ordnungsgemäß erfolgen und eventuelle Schadensersatzansprüche aus der Rückabwicklung von Stellenzuweisungen vermieden werden können.“ So lautet ein Fazit der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen nach der Anhörung im Frauenausschuss des Abgeordnetenhauses, die Ende März den parlamentarischen Streit um die Stellenbesetzungen in Unternehmen mit Landesbeteiligung ausgelöst hat-

te. Im Newsletter vom 28. April 2009 stellen die Grünen fest: „Bürgermeister und Wirtschaftssenator Wolf (Die Linke), der als Verwaltungsratsvorsitzender der IBB verantwortlich ist für die Besetzung des IBB-Vorstandes, verweigerte im gestrigen Ausschuss eine eindeutige Positionierung bezüglich der im LGG festgeschriebenen Ausschreibung. Er strebe eine geschlechterparitätische Besetzung an ... Außerdem arbeite seine Verwaltung an einer Konkretisierung des LGG.“ Der Senat vertrete die Auffassung, „dass Spitzenposition grundsätzlich als politische Ämter anzusehen sind und deshalb nicht unter das Landesgleichstellungsgesetz fallen“.

In Konsequenz aus den Verstößen gegen das Gleichstellungsrecht haben die Bündnisgrünen zwischenzeitlich einen Gesetzentwurf zur Änderung des LGG eingebracht. „Um dem Recht künftig besser Geltung zu verschaffen, werden Bestimmungen hinsichtlich der Reichweite des LGG präzisiert. Das Instrumentarium zur Durchsetzung des LGG wird um ein Verbandsklagerecht erweitert“, heißt es im Newsletter. Während sich die Abgeordneten noch mit Anträgen zum Thema beschäftigen, war die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Canan Bayram mit Verweis auf die Stellenbesetzungen zu den Grünen gewechselt. *sbr*

Offener Brief an Senator Wolf

♦ Die LFR-Vorsitzende Juliane von Friesen hat in einem Offenen Brief an Frauensenator Wolf das Einhalten des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) bei Besetzungen von Vorstandsposten der Betriebe mit Landesbeteiligung angemahnt. Im folgenden veröffentlichen wir das Schreiben vom 14. April 2009 im Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Senator Wolf, der LandesFrauenRat Berlin sieht mit Sorge und Unverständnis, dass der Senat die Vorgaben des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) bei der Besetzung von Vorstandsposten offensichtlich missachtet. Erst vor kurzem ist eine solche Stelle bei der BVG ohne öffentliche Ausschreibung besetzt worden. Dies widerspricht eindeutig dem LGG, das das Land Berlin zu einer aktiven Gleichstellung von Frauen und Männern verpflichtet. Unmissverständlich sind die Ergebnisse der Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Technologie und Frauen im Berliner Abgeordnetenhaus am 30. März 2009, deren Mittelpunkt die Aufforderung an den Senat war, Maßnahmen zu ergreifen, um in den Vorständen und auf den Führungsebenen von Unternehmen mit Beteiligung des Landes den Frauenanteil so zu erhöhen, dass diese geschlechterparitätisch besetzt sind. Einzige Konsequenz dieses Ergebnisses kann nur sein, die rechtswidrigen Stellenbesetzungen rückgängig zu machen und die Stellen neu auszusuchen, und zwar öffentlich. Das LGG sieht insbesondere die öffentliche Ausschreibung für Bereiche vor, in denen Frauen unterrepräsentiert sind. Und dies sind insbesondere die Führungspositionen in den Vorständen der Berliner Betriebe. Die öffentliche Ausschreibung erhöht die Transparenz des Verfahrens und sorgt für

eine breite Streuung der Information, dass eine Führungsposition zu besetzen ist, auf die sich geeignete Frauen und Männer bewerben können.

Herr Senator, bei der LGG-Jahresveranstaltung am 22. Januar 2009 wiesen Sie nicht ohne Stolz darauf hin, dass mutmaßlich mit der Neubesetzung des BVG-Aufsichtsrats das Ziel einer paritätischen Besetzung der Aufsichtsräte der Berliner Betriebe erreicht sei, für die der Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen ein Vorschlagsrecht hat. Das ist eindeutig zu wenig, der Senat hat sich zu mehr verpflichtet. Der LandesFrauenRat Berlin fordert Sie auf, umgehend alle Maßnahmen zu ergreifen, die für eine geschlechterparitätische Besetzung auch der Vorstände der Berliner Betriebe nötig sind. Ungeachtet einer Vorstandsvorsitzenden bei der BSR kann von einer auch nur annähernd ausgewogenen Besetzung mit Frauen und Männern derzeit nicht die Rede sein. Damit die gesetzlichen Grundlagen künftig eingehalten werden, schließen wir uns der Forderung nach verpflichtenden Schulungen aller Aufsichtsräte der Berliner Betriebe an. Dies ist schon nötig, um mögliche Schadensersatzansprüche aus der Rückabwicklung von Stellenzuweisungen zu vermeiden. Wir weisen abschließend ausdrücklich darauf hin, dass wir davon ausgehen, dass der Senat alles daran setzen wird, nicht nur künftig, sondern auch bei den rechtswidrig erfolgten Stellenbesetzungen zu einer Ausschreibung und einem Auswahlverfahren zu kommen, dass den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

Freundliche Grüße
gez. Juliane von Friesen
Vorsitzende LFR Berlin

30 Jahre  Berlin e.V.
LandesFrauenRat

Offener Brief an Wowerit und Wolf

♦ Die LFR-Vorsitzende Juliane von Friesen hat in einem Offenen Brief an den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowerit und an Frauensenator Harald Wolf dafür geworben, bei der Besetzung des frei werdenden Vorstandspostens bei der Investitionsbank Berlin (IBB) eine öffentliche Ausschreibung durchzuführen. Im folgenden veröffentlichen wir das Schreiben vom 15. Mai 2009 im Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister Wowerit, sehr geehrter Herr Senator Wolf,

nach der von Expertinnen und Experten bestätigten rechtswidrigen Besetzung eines BVG-Vorstandspostens bitte ich Sie im Namen des LandesFrauenRates Berlin nachdrücklich, bei der Besetzung des frei werdenden Vorstandspostens bei der Investitionsbank Berlin (IBB) für eine öffentliche Ausschreibung zu sorgen. Nur diese würde der Intention des Landesgleichstellungsgesetzes entsprechen. Sollten potentielle Interessenten fürchten, bei einer öffentlichen Ausschreibung könne keine Vertraulichkeit gewährleistet werden, könnte eine Personalagentur als Vermittlerin zwischengeschaltet werden. Das Land Berlin hat sich zu einer aktiven Gleichstellung von Frauen und Männern verpflichtet: Wir erwarten, dass Sie diese Verpflichtung ernst nehmen und bei Stellenbesetzungen eine gleichstellungspolitisch korrekte Besetzung vornehmen. Wir weisen in diesem Zusammenhang erneut nachdrücklich darauf hin, dass wir davon ausgehen, dass der Senat alles daran setzt, nicht nur künftig, sondern auch bei den rechtswidrig erfolgten Stellenbesetzungen zu einer Ausschreibung und einem Auswahlverfahren zu kommen, die den gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

Freundliche Grüße
gez. Juliane von Friesen
Vorsitzende LFR Berlin

Weniger neu abgeschlossene Ausbildungsverträge

♦ Wie das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg jüngst mitteilte, sind im Jahr 2008 in Berlin 20.697 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen worden – das sind 1.257 (5,7 Prozent) weniger als im Vorjahr. Mit 12.594 Verträgen wurden die meisten Neuabschlüsse im Bereich Industrie und Handel getätigt, gefolgt vom Handwerk mit 5.352 und von den Freien Berufen mit 1.658. Allerdings gab es bei den Neuabschlüssen allgemein einen rückläufigen Trend: Im Bereich

Industrie und Handel wurden 573 und im Handwerk 571 neue Verträge weniger unterzeichnet als noch im Jahr zuvor. Auch die Landwirtschaft, der Öffentliche Dienst und die Freien Berufe mussten Einbußen hinnehmen. Lediglich die Hauswirtschaft konnte einen leichten Zuwachs um zwölf Verträge verbuchen. Ende 2008 hatten 54.624 Jugendliche einen Ausbildungsplatz im dualen System. Das waren 292 (0,5 Prozent) weniger als im Vorjahr.

Beliebte Frauenberufe

Die beliebtesten Ausbildungsberufe bei den männlichen Auszubildenden waren der Kaufmann im Einzelhandel vor dem Koch und dem Kraftfahrzeugmechatroniker. Bei den weiblichen Auszubildenden lag die Kauffrau für Bürokommunikation an erster Stelle, gefolgt von der Kauffrau im Einzelhandel und der Friseurin – trotz aller Erfolge des Girls' Day und neuerdings auch des Zukunftstages für Jungen.

Rückschau auf Tagung „Beziehungsweisen“

♦ Linguistische Fallstricke lauern offenbar überall: Am 29. April hatte sich „ariadne an der spree“ darin verheddert, indem sie die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen als „Veranstalter“ im Tagungsprogramm bezeichnete. Wäre dies die einzige Panne gewesen, hätte frau – sowie anwesende männliche Teilnehmer – die Veranstaltung „Beziehungsweisen – Geschlechterverhältnisse im Wandel“ im Grand City Hotel Berlin Mitte in Wedding genießen können. Allein die Klimaanlage und die Tontechnik wussten dies zu verhindern. Am Ende des Vormittags standen die knapp 300 Gäste – unter ihnen die LFR-Vorstandsfrauen Gisela Brokamp und Juliane von Friesen – sowohl kurz vor einem Hitzschlag (wahlweise einem Kollaps aufgrund von Sauerstoffmangel) als auch einem massiven Hörschaden. So beeinträchtigt war es kaum möglich zum Beispiel Prof. Jutta Allmendinger aufmerksam zuzuhören, obwohl der Beitrag der Chefin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) „We can work it out? – Ein Blick nach vorn auf die Herausforderungen und Chancen in Bildung, Beruf und Familie“ es verdient hätte. Weniger bedauerlich waren die technischen Beeinträchtigungen beim Vortrag von Dr. Olaf Stieglitz (Universität Köln), der den sich im Publikum breitmachenden Unmut bei seinem Vortrag „Krisen ohne Ende – Ein Blick zurück auf männliches Rollenverständnis im Wandel der Geschlechterverhältnisse“ kurzerhand

darauf zurückführte, dass er Historiker sei. Nach der Mittagspause, in der die Tagungsgäste ausgiebig Gelegenheit hatten, das Schlängestehen vor der Nahrungsaufnahme zu üben, war zumindest vorübergehend dem Veranstaltungsraum Frischluft zugeführt worden. Das und die erfrischende Art des Vortrags von Dr. Kathrin Leuze (WZB) zum Thema „Motoren des Wandels – Aktuelle soziokulturelle Hintergründe des Geschlechterwandels“ ließen Zuhörerinnen und Zuhörer zumindest hoffen. Und tatsächlich gelang es ihr ebenso wie ihrer „Nachrednerin“ Prof. Christine Huth-Hildebrandt (FH Frankfurt/Main), von der immer noch desaströsen Tontechnik abzulenken, die sich zwischen Nullton und Geräuschterror bewegte. Dann jedoch hätte beinahe die Moderatorin des Tages, Ulrike Helwerth (Deutscher Frauenrat), dafür gesorgt, dass das Publikum den Aufstand probte: Sie wollte die Kaffeepause streichen, was zu heftigen und letztendlich erfolgreichen Protesten führte. Nach erneuter Frischluft und Nervenahrung in Kuchenform verstand es dann der (Ersatz-)Referent Detlef Oesterreich (Berliner Institut für Sozialforschung BIS) mit seinem schwungvollen Vortrag „Neues Vorbild Ost?! Wandel der Beziehungsvorstellungen bei jungen Erwachsenen in den neuen Bundesländern“ die Zuhörerinnen und Zuhörer gekonnt zu informieren und zugleich zu erheitern. Das wirkte sich auch positiv auf die nachfolgende Diskussion zwischen Almuth Nehring-

Venus (Linke) und Hilde von Balluseck (Alice Salomon Hochschule Berlin) aus. Zunächst machten die Staatssekretärin und die Professorin ihrem Unmut über die katastrophalen Mikros Luft, um dann leicht erschöpft, aber dennoch engagiert über „Beziehungen und andere Katastrophen“ zu sprechen. Schließlich strömten am Ende eines anstrengenden Veranstaltungstages, den Frauensensor Harald Wolf (Linke) – zuletzt arg gescholten ob der Vergabe von Vorstandsposten ausschließlich an Männer (unter anderem im Offenen Brief des LFR Berlin) – eröffnet hatte, ins Atrium des neuen Tagungshotels. Dessen Bewährungsprobe muss allerdings als „nicht bestanden“ gewertet werden. Zum Hintergrund: Die Tagung „Beziehungsweisen: Geschlechterverhältnisse im Wandel“ der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen sollte die Diskussion des „Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms“ des Senats fortführen. Im Mittelpunkt der Tagung standen die Veränderungen in den Beziehungen der Geschlechter: Während die zwei Hauptreferate am Vormittag die Geschlechterverhältnisse einer historischen Einordnung unterzogen, luden die weiteren Referate am Nachmittag ein, die verschiedenen Facetten und Ausprägungen dieses Wandels unter den Aspekten sozialer, regionaler und nationaler Herkunft mit der interessierten Öffentlichkeit zu diskutieren.

Juliane von Friesen

ARP-Stellen neu ausgeschrieben

♦ Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen hat jetzt die so genannten Fraueninfrastrukturstellen (ARP-Stellen) berlinweit neu ausgeschrieben. Aktuell werden die Personalkosten von 58 dieser Stellen, darunter drei Teilzeitstellen, im Ostteil Berlins durch Zuwendungen finanziert. Der Senat plant seit längerem eine Umstrukturierung dieser Stellen, die nach der Einheit der Stadt von der damaligen Frauensensorin Christine Bergmann (SPD) geschaffen worden sind, um einerseits die Fraueninfrastruktur in den ostberliner Bezirken aufzubauen und andererseits Beschäftigung für schwervermittelbare ältere Arbeitnehmerinnen zu schaffen. Die Neuausschreibung wird nun mit Beanstandungen des Rechnungshofs begründet. „Dieser kritisiert, dass die für Arbeit und für Frauen zuständigen Senatsverwaltungen seit 16 Jahren eine haushaltsrechtlich unzulässige Ausschnittsförderung der Kosten sog. Fraueninfrastrukturstellen zur Ergänzungsfinanzierung von Frauenprojekten in den östlichen Bezirken Berlins betreiben“, wie es in einem Newsletter von Bündnis 89/Die Grünen heißt. „Er beanstandet aber auch, dass die zuständigen Senatsverwaltungen bisher weder das Programm einer Erfolgskontrolle (Evaluierung) unterzogen, noch für ordnungsgemäße Erfolgskontrollen im Rahmen der Einzelfallbewilligungen gesorgt haben“, heißt es weiter. Vor diesem Hintergrund plädierten die Grünen im Abgeordnetenhaus dafür, vor einer Umstrukturierung eine Evaluation und Zielerreichungskontrolle der bisherigen Arbeitsergebnisse durchzuführen. Ebenso setzt sich zum Beispiel die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow für solch eine Evaluation ein. Im bevölkerungsreichsten Bezirk Berlins gibt es insgesamt

neun ARP-Stellen. Fallen diese Stellen weg, sind einige Frauenangebote akut in ihrer Existenz gefährdet, so die Befürchtung. Bezirksamt und Projektträger könnten auf keinen Fall die möglichen Stellenstreichungen finanziell auffangen. „Es ist nicht hinnehmbar, dass der Senat ohne Evaluierung der bisherigen Arbeit eine Umverteilung der Stellen vornehmen will, um damit sein Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm umzusetzen. Das derzeit praktizierte Vorgehen und Verfahren ist auch in höchstem Maße intransparent“, betonen die Bündnisgrünen, die einen entsprechenden Antrag ins Abgeordnetenhaus eingebracht haben. Danach sollten die Ergebnisse der Evaluierung zur Grundlage für die eventuelle Umstrukturierung gemacht werden.

Die Bemühungen sind allerdings nicht von Erfolg gekrönt: Die Senatsverwaltung hat das „Förderprogramm zur Stärkung der Fraueninfrastruktur Berlins“ Mitte Juni veröffentlicht. Hierzu können Träger von Frauenprojekten berlinweit einen Monat lang bis zum 13. Juli 2009 Anträge einreichen. Ziel des Programms ist die Förderung von gleichstellungspolitischen Aufgaben. Die Schwerpunktsetzung orientiert sich am Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms (GPR), gefördert werden vorrangig Personalausgaben. Die Ausschreibung erfolgt in den Losen „Existenzgründerinnen und Unternehmen“, „Verstärkte Integration in den Arbeitsmarkt/Weiterbildung“, „Gewalt gegen Frauen“, „Gesundheit“, „Unterstützungsangebote für sozial benachteiligte Frauen“, „Behinderte Frauen“. Die Bewerbung ist für einzelne oder alle Lose möglich.

sbr

Die Ausschreibung ist im Internet unter: www.vergabepattform.berlin.de zu finden.

Aktuelle Termine Tipps und Veranstaltungen

www.lfr-berlin.de

Tipps + Tipps + Tipps

Feminismus-Workshop

♦ Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin, Hiroshimastraße 17, lädt am Samstag, dem 27. Juni 2009, in der Zeit von 12 bis 17 Uhr zu dem Workshop „Feminismus im 21. Jahrhundert: Alte Fragen – neue Antworten?“ ein. Dabei wird Dr. Ursula Pasero (Institut für Soziologie der TU Berlin) zum Thema „Frauenbewegung(en) in Deutschland. Bilanz und Ausblick“ sprechen. Dem folgt die Paneldiskussion „Alter vs. Neuer Feminismus? Was (junge) Frauen bewegt?“, mehrere Impulsreferate sind geplant. Anmeldungen sind an forumbug@fes.de möglich.

Dorfkirchensommer in Brandenburg

♦ Das Jahr 2009 ist ein Jahr der Erinnerung an historische Ereignisse von großer Bedeutung: die Gründung der Weimarer Republik (1919), die Weltwirtschaftskrise (1929), der Überfall auf Polen und der Beginn des Zweiten Weltkrieges (1939) sowie die Gründung der DDR und der Bundesrepublik Deutschland 1949. Noch ganz präsent ist der Herbst 1989, als sich in den Kirchen in Berlin und Brandenburg die Menschen versammelten, um über eine andere Zukunft zu beraten, und sich die Mauer öffnete. Dieses Gedenkjahr unter dem Motto „Demokratie und Demokratiebewegung“ geht auch an den Kirchen in den Dörfern Brandenburgs nicht vorbei. Wie jedes Jahr bieten die Dorfkirchen ein breites Spektrum an Veranstaltungen: Gottesdienste, Dorffeste, Konzerte, Theater und Lesungen. Das Programm liegt in Kirchen und im Konsistorium der Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz aus und kann per Email an s.weise-mohr@ekbo.de bestellt werden. Das Programm ist auch unter www.dorfkirchensommer.ekbo.de zu finden.

Mehr Tipps finden Sie auf www.lfr-berlin.de

Hexenfrühstück: Senatorinnen unter sich

Erinnerung an rot-grünen „Frauensenat“ 1989

♦ Gleich im Viererpack gab es am 17. März im Rathaus Schöneberg die Justizsenatorinnen – so viele haben zwischen 1989 und 2009 in Berlin gewirkt und tun es noch mit Gisela von der Aue. Vorgängerinnen waren Karin Schubert, Lore Maria Peschel-Gutzeit und Jutta Limbach. Letztere gehörte dem ersten rot-grünen Senat an, in dem die Frauen mit acht Sitzen sensationell dominierten: Am 16. März 1989 wählte die „Koalition des Irrsins“, so Klaus-Rüdiger Landowski (CDU), neben der Rechtsprofessorin Jutta Limbach, die weiteren SPD-Frauen Anke Martiny, Heide Pfarr, Barbara Riedmüller und Ingrid Stahmer sowie die von der Alternativen Liste (AL) benannten Anne Klein (parteilos), Michaela Schreyer und Sibylle Volkholz neben fünf SPD-Männern in den Senat. Regierender Bürgermeister war in der in jeder Beziehung aufregenden Zeit des Mauerfalls und der Wiedervereinigung Walter Momper (SPD). Er war es auch, der die, wie sie selbst sagte, keineswegs auf das

politische Amt erpichte jedoch frauenpolitisch heftig bewegte Jutta Limbach mit den Worten überredete: „Man kann nicht immer nur von Gleichberechtigung reden...“. Anke Martiny, im Senat für Kulturelle Angelegenheiten zuständig, meinte gar, das „rot-grüne Himmelfahrtskommando“ habe Männer abgeschreckt. Sie war es denn auch, die das Treffen der acht Senatorinnen „Hexenfrühstück“ taufte. Es fand jeden Dienstag um 7 Uhr morgens (!) vor den folgenden separaten Sitzungen der Senatsmitglieder der SPD einerseits und der AL andererseits statt, dem sich die wöchentliche Senatssitzung anschloss. Treffpunkt war immer bei Heide Pfarr, der Senatorin für Bundesangelegenheiten. Den ersten Eklat hatte es gleich zu Beginn bei der Vereidigung gegeben: Da schwor Anne Klein, Senatorin für Frauen, Jugend und Familie, „so wahr Göttin mir helfe“. Sie war es auch die das große „I“ in die Amtssprache einführte. Kein Wunder, dass Walter Momper im Frühjahr

1989 seine erste Regierungserklärung unter das Motto „Berlin im Aufbruch“ stellte.

Vernünftige Formen des Umgangs

Warum aber fand nun das Hexenfrühstück überhaupt statt? Nicht jedenfalls zur Harmonisierung politischer Standpunkte – in diesem Punkt waren sich am 20. Jahrestag ihres Amtsantritts alle ehemaligen Senatorinnen einig. Heide Pfarr drückte sich in ihrer Begründung denn auch eher vorsichtig aus. Sie meinte, das Hexenfrühstück sei dazu da gewesen, „vernünftige Formen des Umgangs miteinander zu finden“.

Das scheint auch mit wenigen Abstrichen gelungen zu sein, und dies ist ungeachtet der relativ kurzen gemeinsamen Amtszeit von März 1989 bis November 1990 dauerhaft: Die acht Hexen treffen sich nach wie vor einmal im Jahr. Allerdings ziehen sie es dann vor, in abendlicher Runde zu hexen. *Juliane von Friesen*

„Zeitpunkte“ feiern ihren 30sten!

♦ „Die ideale Frau ist eine Mischung aus Mutter Teresa, Hillary Clinton und Anna Netrebko“, zu diesem Ergebnis kam Dagmar Reim gleich zu Beginn ihrer Rede am 1. April im Haus des Rundfunks. Im selben Atemzug stellte die rbb-Intendantin jedoch fest, dass die „Zeitpunkte“ diesem Ideal in den 30 Jahren ihres Bestehens nie nachgejagt seien. Die Protagonistinnen dieser frauenbewegten und frauenbewegenden Hörfunksendung mit SFB-Wurzeln nickten zustimmend, allen voran Charlotte Kemper und Gesine Strempel. Letztere bedauerte im Verlauf der Diskussion „Liebe – Sex – Beziehungschaos“ Frauen, die in Männergremien arbeiten müssten. „Ich würde sterben!“ fügte sie melodramatisch mit leichter Ironie hinzu. Ihr sei Marathon inzwischen wichtiger als Männer. Aber in ihrer Jugend habe sie Männern wirklich imponieren wollen, räumte sie ein. Die Jüngste in der Runde, Autorin Elisabeth Raether,

mochte weder dem einen noch dem anderen zustimmen. Sie äußerte vorsichtig Kritik am „lustlosen Feminismus“ einer Alice Schwarzer und befand als wichtigstes Ziel der Frauenbewegung die gleiche Augenhöhe von Frauen und Männern im Beruf und vor allem in der Liebe.

Das wiederum löste bei der Historikerin Ute Frevert und der Journalistin Regine Sylvester Kopfschütteln aus. Zum einen weil sie annahmen, die heutigen „Alpha-Mädchen“ würden sich ihren Partnern gegenüber überlegen fühlen, zum anderen weil sie wie Regine Sylvester aufgrund ihrer DDR-Biografie nie an ein Über-/Unterordnung-Verhältnis überhaupt nur gedacht hatten. Sie war es auch, die

Durchwahl zum LFR
030/785 70 10

im Publikum für Heiterkeit sorgte, als sie von ihren ersten Begegnungen mit West-Frauen berichtete. Sie nannte sie „Besucherinnen mit sehr speziellen Neigungen“. Eine erschien bei ihr mit einer kleinen Guillotine um den Hals „zum Schwanzabschneiden“, eine andere bestand darauf, statt von „Mantel“ nur von „Frautel“ zu sprechen. Sie empfahl denn auch, Frauen in Deutschland sollten doch ein wenig mehr global denken und sich für Wasser für Frauen weltweit ebenso engagieren wie für deren Bildung und gegen Gewalt. Das Thema „Gewalt“ hatte zuvor bereits Gesine Strempel aufgegriffen – und das hierzu passende Themenheft des Deutschen Frauenrates als Lektüre empfohlen.

Fazit: Aus der Titel-Triologie kam die Liebe deutlich zu kurz und über Sex wollte keine der Diskutantinnen sprechen. Dafür gab es reichlich Beziehungschaos und damit gute Unterhaltung für alle. *JvF*

Geschlechtsspezifische Vorurteile in der Schule

OECD-Sonderauswertung von Pisa und anderen Studien

♦ Die Leistungsunterschiede zwischen Jungen und Mädchen verstärken sich im Verlauf der Schulkarriere – auch als Folge geschlechtsspezifischer Vorurteile. Das ist das Ergebnis der Sonderauswertung „Equally prepared for life? How 15 year-old boys and girls perform in school“ durch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die diese am 26. Mai 2009 in Paris veröffentlichte.

Daraus geht hervor, dass Mädchen und Jungen in internationalen Vergleichsstudien wie Pisa im Fach Mathematik gegen Ende der Grundschulzeit fast gleiche Ergebnisse erzielen. Laut Pisa-Studie schneiden bei den 15-Jährigen dann die Jungen in fast allen Ländern besser ab als Mädchen. Beim Lesen verstärkt sich der Effekt aus der Grundschule, wo Mädchen die Überlegenen sind, in der weiteren Schulzeit. Das ist auch an den Einstellungen zu den verschiedenen Fächern zu erkennen: Mädchen lesen lieber als Jungen, sorgen sich aber stärker um ihre Leistungen in Mathematik. Dass diese Unterschiede eher auf Stereotype als auf unterschiedliche Begabung zurückzuführen sind, legen die Ergebnisse aus dem Bereich „Problemlösung“ nahe: Hier schneiden 15-jährige Mädchen ähnlich gut ab wie ihre männlichen Altersgenossen, während sie beim Lösen mathematischer Probleme hinter den Jungen zurückliegen. Die Studie schreibt diesen Unterschied dem Kontext zu, in dem mathematische Probleme in der Schule präsentiert werden, aber auch den Zweifeln der Mädchen an ihren mathematischen Fähigkeiten.

Auch die Entscheidung über den weiteren Bildungsweg und Beruf scheint mehr von Stereotypen als von den tatsächlichen Fähigkeiten abhängig zu sein. So studieren zum Beispiel Mädchen deutlich häufiger Lebenswissenschaften als Jungen, obwohl sich die Leistungen in diesem Bereich kaum unterscheiden. „Viele Länder können mit Recht stolz darauf zu sein, dass Jungen und Mädchen in den schulischen Kernfächern die

gleiche Leistungen erbringen“, betont OECD-Generalsekretär Angel Gurría. „Wir dürfen aber nicht akzeptieren, dass Vorurteile wie 'Lesen ist nichts für Jungen' oder 'Mathe ist nichts für Mädchen' weiter bestehen. Solche Ansichten führen dazu, dass unseren Gesellschaften wichtiges Bildungspotenzial verloren geht.“

Der Bericht zeigt auch, dass Lehrkräfte deutlich mehr für die Gleichberechtigung der Geschlechter tun können

auswertung. Der VBE halte nichts von einer Einschränkung koedukativen Unterrichts. Vielmehr müsse das gemeinsame Lernen von Mädchen und Jungen so organisiert werden, dass Stärken und Schwächen nicht in geschlechtsbezogene Vorurteile mündeten, stellte er klar. Ferner müsse in der Lehreraus- und -fortbildung mehr als bisher auch der Aspekt geschlechterbezogener Pädagogik aufgenommen werden. Beckmann: „Es

Jungen - Verlierer des Bildungssystems

♦ Jungen sind Verlierer im Bildungssystem – zu diesem Ergebnis kommt das Jahresgutachten 2009 des Aktionsrates Bildung. Demnach verstärkt das deutsche Bildungssystem Geschlechterdifferenzen zu Lasten der Jungen. Die teilweise eklatanten Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen in der Bildungsbeteiligung und in den Leistungen entwickeln sie sich im Laufe der Kindheit durch soziale Prägungen

und werden vom Bildungssystem zu Lasten der Jungen nicht aufgefangen. Beim Übergang auf das Gymnasium müssen sie deutlich höhere Leistungen erbringen, durch fehlende Schulabschlüsse starten sie nur verzögert oder gar nicht in die Ausbildung. Von allen Schulabgängern ohne Abschluss sind 62 Prozent Jungen. Warum am Ende doch Jungen die besseren Jobs haben und mehr verdienen als Mädchen?

– und dazu brauchen sie die Unterstützung aus der Gesellschaft. Lehrerinnen und Lehrer müssen sich über ihre Erwartungen an die Schülerinnen und Schüler bewusst werden und Strategien entwickeln, um das Selbstbewusstsein und die Motivation der Schülerinnen und Schüler in ihren schwachen Fächern zu stärken. Dies kann jedoch nicht alleine durch die Arbeit in der Klasse erreicht werden. Lesen etwa sei eine kulturelle Praxis, die durch das soziale Umfeld beeinflusst wird, so die OECD. Um das Interesse von Jungen am Lesen zu erhöhen, sollten deshalb die Familien und die Gesellschaft stärker eingebunden werden.

Kommentar des VBE

„In der Sekundarstufe und auch in der Grundschule muss das Augenmerk viel mehr als bisher auf das Problem geschlechtsbezogener Leistungsunterschiede gelegt werden“, erklärte der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung e.V., Udo Beckmann, zu der OECD-Sonder-

genügt nicht, wenn die Kultusminister das Prinzip des individuellen Förderns und Forderns verkünden. Es müssen auch gezielte Angebote für Lehrerinnen und Lehrer gemacht werden.“ Als „gravierendes Problem“ sieht er „die unausgewogene Zusammensetzung der Lehrerschaft nach Geschlecht“. Der Lehrerberuf entwickle sich „in allen Schulformen immer mehr zu einem reinen Frauenberuf“, so Beckmann. „Besonders in Grundschulen gibt es immer mehr Kollegien, die ausschließlich weiblich sind. Ebenso sind in Kindergärten Erzieher die absolute Ausnahme. Wenn man dann noch bedenkt, dass immer mehr Kinder bei alleinerziehenden Müttern aufwachsen, haben Schülerinnen und Schüler über lange Jahre fast nur weiblichen Kontakt. Das kann keine Pädagogik ausgleichen. Berufe im Bildungsbereich müssen von der Gesellschaft eine hohe Anerkennung erfahren, damit sie von beiden Geschlechtern gleichermaßen angewählt werden.“

sbr

Biologie adé - Erziehung ist alles

Schülerinnen von Mädchenschulen so risikobereit wie Jungen

♦ Frauen scheuen Risiken - das ist eine Binsenweisheit, die aus einer differenztheoretischen Perspektive zur „Natur der Frau“ gehört. Das Bonner Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) hat unlängst zwei Studien britischer Forscher veröffentlicht, die belegen, dass Erziehung und gesellschaftliche Prägung entscheidend dazu beitragen, dass Frauen Risiken und Wettbewerbssituationen eher scheuen als Männer. Weiterer Befund: In einem breit angelegten Verhaltensexperiment fanden die Ökonomen heraus, dass Schülerinnen reiner Mädchenschulen im Durchschnitt ebenso risikobereit sind wie Jungen. Tatsächlich werden Geschlechterunterschiede im Risiko- und Wettbewerbsverhalten regelmäßig als Gründe genannt, warum Frauen weniger verdienen als Männer und in Führungspositionen unterrepräsentiert sind. Auch leistungs- oder erfolgsorientierten Entlohnungsmodellen stehen sie ablehnender gegenüber. Kaum untersucht wurde bislang dagegen die Frage, ob Frauen „von Natur aus“ Risiken meiden oder erst

durch äußere Einflüsse dazu gebracht werden. Dieser Frage gingen die Forscher Alison Booth und Patrick Nolen von der Universität Essex nach, indem sie das Verhalten dreier Schülergruppen verglichen: Schülerinnen reiner Mädchenschulen sowie Mädchen und Jungen aus gemischten Klassenverbänden. In einem ersten Experiment wurden die Probanden vor die Wahl gestellt, eine garantierte Geldsumme zu erhalten oder durch Münzwurf den Betrag mehr als zu verdoppeln oder einen Teil des Geldes einzubüßen. Während die Schülerinnen der gemischten Schulen eindeutig die Sicherheitsvariante bevorzugten, entschieden sich die Geschlechtsgenossinnen der reinen Mädchenschulen ebenso häufig für die risikoreiche Variante wie die Jungen. In einem weiteren Versuch ergaben sich vergleichbare Ergebnisse für die Teilnahme an Wettbewerben. Die Probanden sollten bestimmte Aufgaben lösen und hatten dabei die Wahl zwischen einem „Stücklohn“ und einem Leistungswettbewerb, in dem nur der beste Teilnehmer einer Vierer-

gruppe entlohnt wurde. Auch hier entschieden sich die Schülerinnen der Mädchenschulen fast ebenso oft für die Wettbewerbsvariante wie ihre männlichen Mitstreiter, während die Schülerinnen der gemischten Schulen einem Leistungsvergleich bevorzugt aus dem Wege gingen - insbesondere wenn Jungen in der Versuchsgruppe vertreten waren. Daraus folgern die Wissenschaftler, dass erzieherische Einflüsse und der soziale Umgang mit Gleichaltrigen die Entwicklung „typisch weiblicher“ Verhaltensweisen verstärken, die mitunter im Berufsleben zu Nachteilen führen können. Wichtig: Die Autoren warnen davor, die Studie als Plädoyer für reine Mädchenschulen zu interpretieren. „Insgesamt könnten die positiven Effekte eines gemischtgeschlechtlichen Lernumfeldes durchaus überwiegen“, erklärt Patrick Nolen. „Unsere Studie legt jedoch nahe, dass Eltern und Lehrer verstärkt darauf hinarbeiten sollten, die Herausbildung potenziell schädlicher Geschlechterstereotypen in einem solchen Umfeld zu minimieren.“

Berufsrückkehrerinnen: Potenziale nutzen

♦ „Familien- und Erwerbstätigkeit miteinander zu verbinden ist eine schwierige Aufgabe. Dies gilt insbesondere für Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit für die Familie unterbrochen haben und nun wieder in das Erwerbsleben zurückkehren möchten. Oft fehlen die Rahmenbedingungen: qualitativ hochwertige Bildungsangebote für Kinder, Angebote für Pflegebedürftige, Freiheitsgrade in der Gestaltung der Arbeitszeit. Diese Faktoren sind bekannt, an ihren Ursachen wird gearbeitet.“ So der Einstieg der Zusammenfassung der Studie „Berufsrückkehrerinnen: Die Potenziale nicht erwerbstätiger Frauen für den Arbeitsmarkt“ des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Der Ausgangspunkt ist klar: Eine lange Auszeit vom Beruf ist für

Frauen nach wie vor ein Karrierekiller. Ob und wie schnell Frauen nach einer Erwerbsunterbrechung in den Job zurückkehren, hängt aber stark von ihrem zuletzt ausgeübten Beruf ab - so das zentrale Ergebnis der Untersuchung. Ausschlaggebend für die Dauer der Pause sind demnach die Arbeitsbedingungen und Anforderungen des Berufes sowie die Möglichkeiten, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Leichter fällt die Rückkehr in Jobs, in denen Frauen zeitlich flexibel ihre Arbeit erledigen können. Die Studie legt ihren Fokus auf die Erwerbsunterbrechungen in den 111 häufigsten von Frauen ausgeübten Berufen. Dabei ergeben sich besonders lange Erwerbspausen in Berufen mit Arbeitszeiten von mehr als 46 Wochenstunden oder in Berufen, deren Arbeitsalltag monoton und vorwiegend fremdbestimmt oder körperlich an-

strengend ist. Anders verhält es sich in Berufen mit flexiblen, selbstbestimmten Arbeitszeiten: Frauen, die an Wochenenden und Feiertagen arbeiten können - wie Restaurantfachfrauen oder Ärztinnen -, kehren deutlich früher ins Erwerbsleben zurück. Solche Arbeiten sind auch oft besser bezahlt und ermöglichen Frauen, die Kindererziehung mit dem Partner zu teilen. Die Unterbrechungsdauer liegt bei durchschnittlich 110 Monaten. Besonders lange pausieren Friseurinnen mit 169 Monaten. Verkaufs- und Vertriebsfachbearbeiterinnen pausieren nur 56 Monate. Die Ergebnisse zeigen, dass der Beruf mit seinen spezifischen Arbeitsbedingungen und Anforderungen entscheidenden Einfluss auf die Dauer von Erwerbspausen hat - neben Faktoren wie dem Alter und der Ausbildung der Frauen oder der Wirtschaftslage.

Alleinerziehende und Hartz IV

♦ Rund 650.000 Alleinerziehende sind auf Hartz IV angewiesen, berichtet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Weiterer Befund: Vier von zehn Alleinerziehenden beziehen Leistungen der Grundsicherung. Alleinerziehende sind auch vergleichsweise lange auf die staatliche Unterstützung angewiesen, denn innerhalb von zweieinhalb Jahren konnten nur die Hälfte von ihnen, aber mehr als zwei Drittel der anderen Haushalte den Leistungsbezug beenden. Alleinerziehende mit Hartz IV-Bezug sind zu rund 95 Prozent Frauen. Die jüngeren von ihnen seien gleich in mehrfacher Weise belastet, betont das Nürnberger Forschungsinstitut: Bei Kleinkindern sei der Kinderbetreuungsaufwand besonders groß, häufig hätten junge Alleinerziehende noch wenig Berufserfahrung, manchmal auch keine abgeschlossene Berufsausbildung. Alleinerziehende ohne Berufsausbildung brauchen laut IAB den Leistungsbezug am längsten. Alleinerziehende mit akademischer Ausbildung werden dagegen doppelt so schnell unabhängig davon.

Ist ein Kind jünger als drei Jahre, besteht keine Verpflichtung zur Beschäftigungsaufnahme. Trotz der Möglichkeit zur Freistellung ist jedoch nahezu jede zweite alleinerziehende Hartz-IV-Empfängerin mit einem Kleinkind arbeitsuchend gemeldet. „Das spricht für eine durchaus vorhandene Arbeitsmarktnähe“, betont der IAB-Forscher Torsten Lietzmann. Ältere, zumeist geschiedene oder getrennt lebende Betroffene mit meist älteren Kindern hätten größere Chancen, den Bezug zu beenden. Das höhere Alter der Kinder begünstige die Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme, und eventuell wurde schon während der letzten Partnerschaft ein Wiedereinstieg ins Berufsleben vollzogen, so die IAB-Studie. Im Vergleich zu den 15- bis 20-jährigen Alleinerziehenden hätten insbesondere die 21- bis 40-Jährigen, aber auch die über 40-Jährigen bessere Chancen, aus dem Bezug von Hartz IV auszusteigen.

Diese und weitere IAB-Studien sind unter www.doku.iab.de zu finden.

Zufriedene Mütter in Vollzeit

♦ Mütter mit Kindern unter 14 Jahren sind mit ihrem Leben zufriedener, wenn sie Vollzeit arbeiten. Zu diesem Ergebnis kommt Eva M. Berger, Stipendiatin am DIW Berlin, in ihrer Studie. Tatsächlich sind danach Mütter, die wegen der Familienarbeit nicht erwerbstätig sind oder einen Teilzeitjob haben, mit ihrer Lebenssituation deutlich weniger zufrieden. Noch immer gilt Teilzeitarbeit in Deutschland als Standard für Frauen mit Kindern, weil sich so Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren lassen sollen - aber ist es das, was Mütter wirklich wollen und was sie zufrieden macht? Dieser Frage ist Eva M. Berger nachgegangen, indem sie erstmals untersucht hat, wie es Müttern geht, die aufgrund der familiären Situation nicht oder nur teilzeitbeschäftigt sind. Die Mehrheit der derzeit nichterwerbstätigen Mütter kann trotz anderslautender Wünsche aus familiären Gründen keine Erwerbsarbeit aufnehmen. Die Studie zeigt,

dass Mütter mit Teilzeitbeschäftigung zwar zufriedener sind, als jene, die nicht erwerbstätig sind. Aber sie zeigt auch, dass es den Müttern, denen es gelingt Vollzeit erwerbstätig zu sein, am besten geht. Fazit: Offenbar kann auch für Frauen mit Kindern der Zeitvorteil einer Teilzeitbeschäftigung die Nachteile nicht aufwiegen. Hier sind neben der schlechteren Bezahlung vor allem die inhaltlich weniger interessante Arbeit sowie die verringerten Aufstiegschancen zu nennen. Für die Wissenschaftlerin ist die Politik gefragt: „Eine wichtige Maßnahme wäre, das Betreuungsangebot für Vorschulkinder und auch für Schulkinder weiter auszubauen. Hier kommt es allerdings nicht nur auf Quantität sondern auch auf Qualität an. Die Angebote müssen von den Eltern ja auch angenommen werden. Insgesamt würde auch eine gleichmäßigere Verteilung der Familienarbeit auf Frauen und Männer Müttern erleichtern ihrer Berufstätigkeit nachzugehen.“

Tipps + Tipps + Tipps

Erste Krankenkasse speziell für Frauen

♦ Die gesetzliche Krankenkasse „Salvina“ ist als erste ihrer Art speziell für Frauen gedacht, schließt jedoch Männer nicht aus. Die noch im Aufbau befindliche Kasse ist aktuell in Bayern, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern vertreten. Ihr Angebot: außerhalb des gesetzlich fixierten Leistungskataloges Wahltarife für Frauen, bei denen auch Naturmedizin und alternative Heilmethoden berücksichtigt werden sollen. Geplant sind auch Seminare gegen Burn out und Broschüren zur Frauengesundheit. **Internet-Infos: www.salvina.de**

Zwei Broschüren für Senioren

♦ Was müssen ältere Menschen bedenken, wenn sie pflegebedürftig werden, aber zu Hause wohnen bleiben wollen? Worauf sollten sie ihr Augenmerk richten, wenn sie sich für das so genannte betreute Wohnen entscheiden? Welche anderen Wohnformen gibt es noch und was gilt es hierbei zu beachten? Antworten auf diese Fragen gibt die Entscheidungshilfe „Wohnen im Alter“, die die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) gemeinsam mit älteren Menschen entwickelt hat. Darin hilft zum Beispiel eine Checkliste, die Qualität einer betreuten Wohnanlage zu überprüfen. Eine zweite Broschüre beschäftigt sich mit der Frage: „Wie finde ich das richtige Heim?“ und stellt dafür ebenfalls eine ausführliche Checkliste zur Verfügung. Die Themen Heimvertrag, Kosten der Pflege und Umgang mit Mängeln in der Versorgung werden verständlich behandelt. „Wohnen im Alter“ (ISBN-Nr. 978-3-406-59206-5) und „Das richtige Heim“ (ISBN-Nr. 978-3-406-59205-8) sind im Buchhandel für 3,90 Euro erhältlich. **Informationen: www.bagso.de**

Mehr Tipps finden Sie auf www.lfr-berlin.de

Neue Kooperation: Alleinerziehende im Blick

♦ Alleinerziehende benötigen besondere Unterstützung, um Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie die Bundesagentur für Arbeit haben sich deswegen im Februar in der Kooperation „Perspektiven für Alleinerziehende“ zusammengetan. Das BMFSFJ hat bereits die Initiative „Vereinbarkeit für Alleinerziehende“ gestartet, ein einjähriges Modellprojekt mit bundesweit zwölf Pilotstandorten. Dabei soll im Zusammenspiel von Arbeitsagenturen und Arbeitsgemeinschaften mit Unternehmen, Verbänden, Kammern, Bildungs- und Jugendhilfeträgern, lokalen Bündnissen für Familie und Mehrgenerationenhäusern eine Infrastruktur wachsen, die Alleinerziehende beim Start ins Arbeitsleben unterstützt. Internet: www.bmfsfj.de

Aktionstag 2009: „Nachfolge ist weiblich!“

♦ Auch in diesem Jahr soll es einen nationalen Aktionstag zur Unternehmensnachfolge durch Frauen unter dem Motto „Nachfolge ist weiblich!“ geben: In rund 70 regionalen Veranstaltungen wurden 2008 potenzielle Unternehmensnachfolgerinnen angesprochen und vor allem die Akteurinnen und Akteure vor Ort für diese Zielgruppe sichtbar gemacht. Am Aktionstag 2009, dem 23. Juni, finden deutschlandweit wieder zahlreiche solcher Veranstaltungen statt. Tatsächlich wird das unternehmerische Potenzial von Frauen bei der Unternehmensübergabe noch nicht ausgeschöpft. Denn während Frauen heute bereits etwas über 30 Prozent aller Selbstständigen ausmachen, liegt ihr Anteil bei Unternehmensübernahmen lediglich bei höchstens 15 Prozent. Eine Erfahrung des vorigen Aktionstages war, dass die Begrenzung auf einen einzigen Tag ein zu enges Zeitkorsett schnürt. Deshalb wird der diesjährige Aktionstag ausgeweitet. Interessierte Frauen finden unter www.gruenderinnenagentur.de detaillierte Informationen.

„Berliner Erklärung“ unterzeichnet

♦ Ältere Menschen sind nicht nur ein gesellschaftlicher Kostenfaktor, sondern ein bedeutender Wirtschaftsfaktor mit erheblichen Potenzialen. Um die Chancen des demografischen Wandels zu nutzen, muss die Wirtschaft diese Bevölkerungsgruppe in den Blick nehmen – als Kundinnen und Kunden ebenso wie als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. An diesem Grundgedanken setzt die „Berliner Erklärung“ an, die die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO),

vertreten durch ihren Förderverein, mit verschiedenen Unternehmen entwickelt hat. In der Erklärung werden in zehn Punkten wichtige Ziele für eine aktive unternehmerische Gestaltung des demografischen Wandels unter Berücksichtigung der Potenziale und berechtigten Interessen der älteren Generation formuliert. Die Erstunterzeichner wollen eine Reihe konkreter Maßnahmen und Projekte durchführen und für 2010 einen Kongress vorbereiten.

Genauere Infos: www.bagso.de

Premiere: Helene-Weber-Preisverleihung

♦ „Der reine Männerstaat ist das Verderben der Völker“, so lautete das prägnante Statement von Helene Weber. Als eine von insgesamt nur vier Müttern des Grundgesetzes – Väter gab es deren 61 – kämpfte sie erfolgreich für die Verankerung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Grundgesetz. Nun wurde am 5. Mai erstmals ein nach ihr benannter Preis an 15 Kommunalpolitikerinnen verliehen.

In den Kommunen hinken Frauen derzeit noch gewaltig nach: Nur 25 Prozent beträgt hier ihr Anteil. Mehr Anerkennung soll dazu beitragen, dies zu ändern. Hervorragende Leistungen von 15 Kommunalpolitikerinnen werden künftig jedes Jahr mit dem Helene-Weber-Preis gewürdigt. Im „Tipi“, dem Zelt am Kanzlerinnenamt, erhielten 14 Frauen Urkunden und Blumensträuße sowie ein persönliches Coaching der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF). Die 15. und zugleich erste Preisträgerin, Dorothea Maisch, konnte sich darüber hinaus über eine Skulptur von Raphael Seitz sowie ein Preisgeld in Höhe von 10.000 Euro freuen. Damit will sie das Ehrenamt in ihrer Heimatstadt Gaggenau fördern, wo sie sich unter anderem als Vorsitzende der Unternehmerfrauen des Handwerks im Landkreis Rastatt und Mitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU-Kommission „Unternehmerfrauen im Mittelstand“ sowie als Mitglied im Landesfrauenrat Baden-Württemberg engagiert. Alt-Ministerpräsident

Bernhard Vogel hielt eine schwungvolle Laudatio auf die erste Trägerin des Helene-Weber-Preises, den auch eine Frau aus den neuen Bundesländern erhielt: Marion Philipp, sozialdemokratische Landrätin im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt war unter den zuvor Ausgezeichneten.

Ausgelobt wurde der Preis vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Bundesministerin Ursula von der Leyen (CDU) überreichte die Urkunden, während Staatsministerin a.D. Ingrid Schwaetzer (FDP) den Werdegang der Preisträgerinnen und ihr Engagement skizzierte. Erstaunlich auch, dass sich die jeweils am Schluss genannte Kinderzahl der Ausgezeichneten fast ausnahmslos zwischen zwei und vier bewegte. Sichtlich erfreut zeigte sich die Bundestagsabgeordnete Ingrid Scheewe-Gerigk (Bündnis 90/Die Grünen) über die Auszeichnung der von ihr vorgeschlagenen gebürtigen Senegalesin Pierrette Herzberger-Fofana. Die promovierte Lehrbeauftragte an der Universität Erlangen-Nürnberg und bündnisgrüne Stadträtin in Erlangen setzt sich für ein Recht auf unversehrtes Leben ein und kämpft insbesondere gegen die Beschneidung von Mädchen in Afrika und Deutschland. Sie hatte wie alle anderen auch dem Jurymitglied Marlies Brouwers, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, imponiert. Das Auswahlverfahren unter den ursprünglich 170 von Mitgliedern des Bundestages eingereichten Vorschlägen soll übrigens sehr harmonisch verlaufen sein. JvF

Rückblick: Das war der Equal Pay Day 2009

♦ Frauen verdienen in Deutschland weiter deutlich weniger Lohn und Gehalt als Männer. Im Schnitt beträgt der Unterschied 23 Prozent, EU-weit liegt Deutschland damit im unteren Drittel. Verantwortlich für diese Entwicklung sind hauptsächlich drei Gründe: Frauen fehlen in bestimmten Berufen, Branchen und auf den höheren Stufen der Karriereleiter. Frauen unterbrechen und reduzieren ihre Erwerbstätigkeit häufiger familienbedingt als Männer. Frauen gelingt es in Gehaltsverhandlungen zu selten, ihre Vorstellungen durchzusetzen. Aus Anlass des Equal Pay Day 2009 veröffentlichte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Dossier Entgeltgleichheit, in dem erstmals umfassend und grundlegend Daten zum Thema Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern zusammengestellt sind. Dabei geht es im Kern um Logib-D, das auf einem Programm basiert, welches für die Schweiz entwickelt und dort seit 2006 von der Wirtschaft intensiv genutzt wird. Im Auftrag des Bundesfamilienministeriums wurde Logib für Deutschland umprogrammiert.

Eine positive Bilanz zogen die Business and Professional Women (BPW) Germany, die Ideengeberinnen des Aktionstages in Deutschland. Bundesweit zählten sie mehr als 180 Aktionen in 120 Orten statt – mehr als viermal so viele wie bei der Premiere im Vorjahr. „Wir sind überwältigt von der breiten Resonanz und dem großen Engagement zum Equal Pay Day und somit für mehr Lohngerechtigkeit in Deutschland“, zog BPW-Präsidentin Dagmar Bischof ihr Fazit. Zahlreiche Verbände und Arbeitnehmerorganisationen unterstützten neben dem Bundesfamilienministerium die Initiative. SPD, Grüne und die Linkspartei forderten anlässlich des Gleich-



Equal Pay Day – demonstrieren für Lohngleichheit.

Fotos (2):
Röhrbein

bezahltags öffentlich ein Gleichstellungsgesetz, in dem auch die gleiche Bezahlung geregelt sein soll. Für die Einführung des Aktionstags in Deutschland erhielt der BPW den Innovationspreis „Ausgewählter Ort im Land der Ideen“. Mit Entgeltungleichheit muss endlich Schluss sein, forderte ein breites bundesweites Aktionsbündnis. Mehr als 65.000 Frauen und Männer waren 2009 dabei, meldete der BPW. Im vergangenen Jahr waren es etwa 3.000 gewesen. Mit Podiumsdiskussionen, Workshops, Vorträgen, Theateraufführungen und „Unhappy Hours“, einer

Rabattaktion der Gastronomie, machte der Aktionstag auf die bestehende Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen aufmerksam und zeigte Lösungswege zur Beseitigung der Lohnkluft. Frauen mit roten Taschen, dem Symbol für die roten Zahlen in den Taschen der Frauen, waren überall in Deutschland zu sehen – am Brandenburger Tor, auf dem Münchner Marienplatz, am Bremer Roland oder auf dem Opernplatz in Hannover. Viele Teilnehmer zeigten sich überrascht und empört, dass Frauen heute immer noch 23 Prozent weniger verdienen als Männer. sbr



Die rote Tasche zeigte auch die DF-Vorsitzende Marlies Brouwers (links).

Der Deutsche Frauenrat hat in Auswertung des diesjährigen Aktionstages eine Vielzahl von Informationen und Pressereaktionen auf seine Website www.frauenrat.de gestellt.

Mehr Infos zum Aktionstag und zum Thema sind auch unter www.equalpayday.de und www.bpw-germany.de im Internet zu finden.

Das Dossier Entgeltungleichheit ist auf der Seite des Bundesfrauenministeriums unter www.bmfsfj.de abrufbar.

Unternehmenstag „Erfolgsfaktor Familie“

♦ Wer hätte gedacht, dass die Wirtschaft je Familie als Erfolgsfaktor entdeckt. Jahre-, wenn nicht jahrzehntelang hatte man sich mehr oder minder zähneknirschend mit dem Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ befasst. Das Knirschen kam daher, dass die Unternehmen, wenn es um die Rekrutierung qualifizierten Personals und die Verhinderung unerwünschter Fluktuation ging, sich plötzlich mit der Notwendigkeit konfrontiert sahen, auch die private Seite insbesondere ihrer Mitarbeiterinnen, zunehmend aber auch ihrer männlichen Fach- und (Nachwuchs-)Führungskräfte zu betrachten und den daraus resultierenden Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Lästig, aber unumgänglich – so könnte man die vielfach noch aktuelle Situation in den Unternehmen beschreiben. Allmählich dämmert aber die Erkenntnis in der Wirtschaft, dass es nicht nur unvermeidbar ist, auch die „Kehrseite“ des Berufsmenschen, den Privatmen-

schen, in die Betrachtung mit einzubeziehen, sondern dass diese ganzheitliche Sichtweise von echtem wirtschaftlichen Nutzen ist. Darauf wies nicht nur Renate Köcher vom Institut für Demoskopie Allensbach hin, sondern die Manager von Unternehmen unterschiedlichster Größe wie Filtrak, J. Eberspächer und Daimler Trucks.

Überzeugte Unternehmen

Sie alle schienen vom „Erfolgsfaktor Familie“ überzeugt – und damit war nicht nur das gleichnamige Unternehmensnetzwerk gemeint, das 2006 vom Bundesfamilienministerium und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) als zentrale Plattform für familienfreundliche Unternehmen gegründet wurde. Mittlerweile sind rund 2.200 Mitglieder dort aktiv und DIHK-Präsident Hans Heinrich Driftmann verkündete am 6. Mai beim ersten Unternehmenstag „Erfolgsfaktor Familie“ im Haus der Wirtschaft in Mitte sein ambitioniertes Ziel: Ende

2009 sollen es bereits 3.000 Mitglieder sein. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) hörte das mit erkennbarer Freude. Überhaupt schien sich die Politikerin, deren sieben Kinder offenbar immer noch ein öffentliches Faszinosum sind, bei den über 400 Netzwerkmitgliedern und Gästen, circa ein Viertel davon Männer, sichtlich wohl zu fühlen. Spontan sagte sie zu, dass ihr Ministerium den Unternehmenstag zusammen mit dem DIHK jedes Jahr veranstalten wolle. Das wiederum freute die Projektleiterin des Netzwerks, Sofie Geisel. Sie „ermahnte“ Ursula von der Leyen, nach der Bundestagswahl im Herbst bloß nicht ins Gesundheitsministerium „abzudriften“. Allgemeines Gelächter folgte. Überhaupt schien Familie an diesem Tag nicht nur ein Erfolgs-, sondern auch ein Gute-Laune-Faktor zu sein. In der Praxis muss hier aber noch heftig gearbeitet werden. Auch hierüber herrschte Einigkeit. JvF

ADS legt Studie zu Diskriminierung im Alltag vor

♦ Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) verkenne die aktuelle Situation Diskriminierter: Vor Geschlechtsdiskriminierung und anderen Arten gruppenbezogener Diskriminierung müsse durch ein verbessertes Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) geschützt werden. So das Fazit des Deutschen Juristinnenbundes (djb) nach Veröffentlichung der Sinus-Milieu-Studie „Forschungsprojekt Diskriminierung im Alltag. Wahrnehmung von Diskriminierung und Antidiskriminierungspolitik in unserer Gesellschaft“ durch die ADS im April. Diese hatte behauptet, ihre Studie ergebe, dass bei Antidiskriminierung kein gesetzlicher Regelungsbedarf bestehe. Der djb hält dem entgegen: Das AGG schütze bislang nur unzureichend vor Diskriminierung. „Nicht einmal die geltenden EU-Antidiskriminierungsrichtlinien sind darin vollständig umgesetzt worden. Individualklagen bieten schon deswegen nur selten einen wirksamen Schutz, weil Diskriminierte weiterhin Beweisprobleme haben und klare bzw. tatsäch-

lich abschreckende Sanktionen fehlen“, so der djb in seiner Stellungnahme. „Frauen werden weiterhin wegen ihres Geschlechts im Erwerbsleben diskriminiert. Gleichwohl gibt es vor den Arbeitsgerichten nur wenige Klagen“, bebt djb-Präsidentin Jutta Wagner. „Um wirkungsvoll klagen zu können, brauchen Diskriminierte eine volle Beweislastumkehr sowie abschreckende Sanktionen im Fall einer gerichtlich festgestellten Diskriminierung. Der Individualklage sollte eine Verbandsklage an die Seite gestellt werden.“ Die ADS verfehle ihre Aufgabe, „wenn sie sich gegen einen Diskriminierungsschutz durch Gesetz ausspricht“. Die Sinus-Milieu-Studie wurde in den Jahren 2007 und 2008 durchgeführt und gibt einen empirischen Überblick über Diskriminierung und Diskriminierungsschutz aus Sicht der Bevölkerung. Im Ergebnis der Studie, die das Heidelberger Institut Sinus Sociovision durchgeführt hat, weicht die Alltagswirklichkeit im Umgang mit Diskriminierung und Diskriminierungs-

schutz stark von der politischen Debatte ab. „Fast scheint es, als sei die Politik in diesem sozialen Problemfeld der öffentlichen Meinung um Lichtjahre voraus“, heißt es. So wären die im AGG genannten, Diskriminierung begründenden Merkmale zwar spontan abrufbar, die entsprechenden Gruppen zu schützen, sei vielen Befragten aber nur in Bezug auf Behinderte, Frauen und Ältere ein echtes Anliegen. Tatsächlich sei die zunehmende Benachteiligung sozial Schwacher das am stärksten bewegende Thema. Einig sind sich die Befragten darin, dass Frauen immer noch benachteiligt sind, vor allem in der Arbeitswelt. Insofern halten sie Gleichstellungsmaßnahmen für gerechtfertigt. Die Spontanreaktionen auf den Begriff „Antidiskriminierungspolitik“ sind größtenteils negativ. Die Sache selbst – mehr Gerechtigkeit, Teilhabe und gesellschaftliche Gleichstellung für benachteiligte Gruppen – findet dagegen Zustimmung. sbr
Die Studie ist unter www.antidiskriminierungsstelle.de abrufbar.

Streitfall RTL-Serie: Kinder sind keine Ware

Gemeinsame Stellungnahme von 60 Verbänden

♦ Fachverbände der Kinder- und Jugendhilfe, Verbände, die sich für die Umsetzung von Kinderrechten einsetzen, und im Bundesforum Familie zusammengeschlossene Verbände haben vor Start der RTL-Serie „Erwachsen auf Probe“ gegen die Ausstrahlung protestiert. In der Dokumentation sollen noch minderjährige jugendliche Paare den Alltag mit Kindern hautnah erfahren, damit ihnen klar wird, was frühe Elternschaft bedeutet – so die Intention des Senders, der Jugendliche damit vor Teenager-Schwangerschaften schützen will. Für dieses Experiment überlassen Eltern ihre Kinder für mehrere Tage den Jugendlichen, die in einem kameraüberwachten Haus leben. Die Erklärung der Verbände im Wortlaut:

Die unterzeichnenden Verbände sehen in diesem Experiment ein erhebliches Risiko, gerade für die Babys, die ohne Not einem erheblichen Stress ausgesetzt wurden. Allen Kindern drohen in der angespannten Atmosphäre des Drehortes schwere Belastungen – die Anwesenheit einer Alibi-Psychologin nützt da gar nichts. Die Jugendlichen, die die Kinder „erziehen“ sollen, sind selbst noch minderjährig, kommen aus belasteten Lebensumständen und müssen selbst vor öffentlicher Zurschaustellung geschützt werden.

Die Fachleute fordern die zuständigen Jugendämter auf, hier aktiv zu werden, mit den betroffenen Eltern zu sprechen und notfalls einzuschreiten. Die Rechte der Kinder auf Schutz und Förderung ihrer Entwicklung haben einen höheren Stellenwert als Elternrechte, die nicht im Interesse der Kinder wahrgenommen werden. Wenn Eltern ihren (von ihnen abhängigen) Kindern so etwas zumuten, bedürfen sie selbst der Unterstützung für ihre Erziehungsaufgabe.

Vor allem aber ist nach Auffassung der Verbände eine Kontrolle der Medien gefragt. Kinder zur Erhöhung der Einschaltquoten im Fernsehen zu prostituieren, ist sittenwidrig und hat mit Pressefreiheit nichts zu tun. Kinder sind keine Ware.

Der angebliche Zweck der Sendung, Jugendliche auf das Leben mit Kindern vorzubereiten, greift nach Ansicht der Fachverbände zu kurz: Kinder sind mehr als Stressfaktoren, sie brauchen verlässliche und verantwortungsvolle Beziehungen. Diese zu gestalten, ist für sehr junge Eltern eine besondere Herausforderung. Kinder wie Gegenstände auszuleihen, ist aber genau das falsche Signal. Die Fachverbände fordern deshalb RTL auf, die geplante Serie zu stoppen und signalisierten die Bereitschaft, den Sender bei der Suche nach einer angemessenen Behandlung des Themas zu unterstützen.

Unterzeichnende Verbände

Aktionskomitee KIND IM KRANKENHAUS e. V. AKIK Bundesverband AWO Bezirksverband Hannover e. V. BAG Evang. Familien-Bildungsstätten und Familien-Bildungswerke e. V. BAG Mehr Sicherheit für Kinder e. V. BAGE – Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen e. V. Bundesarbeitsgemeinschaft Kind und Krankenhaus e. V. Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e. V. Bund Freireligiöser Gemeinden Deutschlands, K.d.ö.R. (BFGD) Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e. V. (bke) Bundesverband behinderter und chronisch kranker Eltern e. V. Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder e. V. Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung e. V. Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie und Familientherapie e. V. Deutscher Hausfrauenbund e. V. Deutsche Liga für das Kind e. V. Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg Deutscher Kinderschutzbund e. V. Deutscher Lehrerverband djo-Deutsche Jugend in Europa e. V. Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung e. V. (EKFuL) Familiennetzwerk Deutschland – Eine Initiative des Familien e. V. Freireligiöse Landesgemeinde Baden Freireligiöse Landesgemeinde Pfalz Gemeinnützige Gesellschaft des VfS für Kinderbetreuung mbH

GfG – Gesellschaft für Geburtsvorbereitung, Familienbildung und Frauengesundheit – Bundesverband e. V. Grundschulverband e. V. Haushalt in Bildung und Forschung e. V. Humanistischer Verband Deutschlands e. V. Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) – Sektion Deutschland der Fédération Internationale des Communautés Éducatives (FICE) e. V. ISUV/VDU e. V. – Interessenverband Unterhalt und Familienrecht Jugend der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG-Jugend) Katholische Elternschaft Deutschlands LAGF – Landesarbeitsgemeinschaft Familienverbände Nordrhein-Westfalen Landesjugendring Baden-Württemberg e. V. Landesverband für Pflege- und Adoptivfamilien- PAN e. V. NRW Landesverband der Pflege- und Adoptivfamilien in Niedersachsen e. V. LegaKids.net Mütterzentren Bundesverband e. V. Naturfreundejugend Deutschlands Ortsverband der Pflege- und Adoptivfamilien im Landkreis Gifhorn e. V. Paritätisches Bildungswerk e. V. Päpstliches Missionswerk der Kinder in Deutschland e. V. Pestalozzi-Fröbel-Verband e. V. Pflege- und Adoptivelternkreis Kreis Wesel Prager-Eltern-Kind-Programm (PEKiP) e. V. pro familia - Deutsche Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung e. V. SHIA e. V. – Selbsthilfeinitiativen Alleinerziehender Bundesverband Sichtwechsel e. V. für gewaltfreie Medien SOS-Kinderdorf e. V. spiel gut - Arbeitsausschuß Kinderspiel+Spielzeug e. V. Systemische Gesellschaft - Deutscher Verband für systemische Forschung, Therapie, Supervision und Beratung TQL - Total Quality Life® Verband alleinerziehender Mütter und Väter e. V. (VAMV) Verband Bildung und Erziehung e. V. Verband Katholischer Internate und Tagesinternate e. V. Vereinigung der Leitenden Kinder- und Jugendärzte und Kinderchirurgen Deutschlands e. V. (VLKKD) Verein Integrierte Mediation e. V. Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V. (ZMD) Zukunftsforum Familie e. V.

Was können wir vom neuen EU-Parlament erwarten?

DF formuliert Anforderungen zur Gleichstellungspolitik

♦ In einem Positionspapier hat der Deutsche Frauenrat (DF) zur Europawahl am 7. Juni 2009 Anforderungen an eine gleichstellungspolitisch orientierte EU-Politik formuliert. Die derzeitige Unterrepräsentation von Frauen in Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen der europäischen Institutionen beeinträchtigt die demokratische Legitimität der EU „in starkem Maße“, heißt es darin. „Diese Ungleichheit untergräbt alle Versuche, eine stärkere integrative und partizipatorische Demokratie herbeizuführen.“ Das Positionspapier konkretisiert Anforderungen zur Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitik, an Maßnahmen und Richtlinien zur Förderung der Gleichstellung in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik und an Frauenförderung in der Bildungs- und Forschungspolitik.

Zwar habe Gleichstellungspolitik seit den Römischen Verträgen 1957 ein großes Gewicht innerhalb der EU. Die EU sei jedoch weit von einer geschlechterparitätischen Besetzung der eigenen Gremien entfernt. Der DF weist auf die 50/50-Kampagne der Europäischen Frauenlobby hin, deren Ziel die geschlechterparitätische Be-

setzung aller EU-Gremien ist. „Freiwillige Vereinbarungen oder auch Appelle können hierzu beitragen – letztlich aber werden nur gesetzliche Regelungen die Durchsetzung gewährleisten“, betont der DF. Die Strategie des Gender Mainstreaming und das Instrument eines geschlechtergerechten Haushaltes wären in der EU und den einzelnen Mitgliedsstaaten ins Hintertreffen geraten. „Es bedarf aber einer verpflichtenden Anwendung der entsprechenden Instrumentarien, um zu einer geschlechtergerechten Situation zu kommen“, so die Forderung. Mit Blick auf eine geschlechtergerechte Politik sei sicher zu stellen, dass Frauenverbänden ein dem Frauenanteil an der Bevölkerung entsprechender Einfluss zukomme.

„Gewalt gegen Frauen in allen Formen gehört zu den schwersten Menschenrechtsverletzungen; nach wie vor ist sie europaweit eines der größten gesellschaftlichen Probleme“, betont der DF. Auch hier bedürfe es verbindlicher Regelungen, die Ausarbeitung einer umfassenden Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sei zügig fortzusetzen. Der DF geht auch auf die Ent-

geltungleichheit ein: Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ sei schon in den Römischen Verträgen festgeschrieben, erinnert die Frauenlobby. „Kampagnen allein werden aber nicht zu dem gewünschten Erfolg führen – es bedarf verbindlicher und in einzelnen Bereichen auch gesetzlicher Regelungen.“ Ebenso müsse die Vergabe von EU-Mitteln stärker als bisher an Kriterien von Geschlechtergerechtigkeit gebunden werden.

Im Bereich Forschung fokussiert der DF auf das 7. EU-Rahmenprogramm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration. Danach soll die Rolle der Frauen in Wissenschaft und Forschung aktiv gefördert werden. Kritikpunkte sind die Besetzung des Europäischen Forschungsrats, der im Zuge dieses Programms seine Arbeit aufgenommen hat, und des Verwaltungsrats des neuen Europäischen Instituts für Innovation und Technologie. Der Frauenanteil im Forschungsrat liegt bei 22,7, im Verwaltungsrat bei 27,7 Prozent. „Angesichts dieser Fakten stellt sich die Frage, wie ernst die Absicht, Frauen stärker zu fördern und Geschlechterforschung zu verstärken, gemeint ist.“

Wahl 2009: Frauen im Europaparlament

♦ Nach dem vorläufigen Wahlergebnis der Europawahl 2009 liegt der Frauenanteil bei den deutschen Europaabgeordneten bei 37 Prozent. In den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten unterscheidet sich das Mann-Frau-Verhältnis erheblich: So stellt Malta im europäischen Parlament keine einzige Frau, während Schweden die politische Partizipation von Frauen mit einem Anteil von 56 und Finnland mit 62 Prozent weiblicher Abgeordneter offenbar sehr ernst nehmen. Tschechien mit einem Frauenanteil von 18 Prozent und Polen mit 22 Prozent liegen dagegen deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Geschlechterparität erreichen - mehr oder weniger - Bulgarien, Dänemark, Estland und die Niederlande. Großbritannien, Griechenland, Zy-

pern, Luxemburg und Slowenien stellen jeweils rund ein Drittel weibliche Abgeordnete. Die Parteien Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen entsenden jeweils 50 Prozent Frauen und Männer ins Europaparlament (Linke: vier von acht Abgeordneten, Grüne: sieben von 14 Abgeordneten). Dem paritätischen Geschlechterverhältnis nähert sich bei den deutschen Parteien die SPD mit einem Frauenanteil von 43,5 Prozent an (zehn von 23 Abgeordneten). Es folgen die FDP mit 41 Prozent (fünf von zwölf) und die CSU mit 37,5 Prozent (drei von acht). Schlusslicht ist die CDU, die acht Frauen und 26 Männer (23 Prozent) ins europäische Parlament schickt. Berlin wird – was die Frauen angeht – erneut durch die SPD-Abgeordnete Dagmar Roth-

Behrendt und erstmals durch Alexandra Thein (FDP) im Europaparlament vertreten. Die stellvertretende Landesvorsitzende der Liberalen Frauen ist die erste FDP-Europaabgeordnete aus der Bundeshauptstadt überhaupt. Seit der ersten Europawahl 1979 stieg der Frauenanteil im EU-Parlament kontinuierlich: Die damals neun Mitgliedstaaten entsandten 16 Prozent Frauen, die 25 EU-Länder 2004 bereits 31 Prozent. Die Wahlbeteiligung hat bei der Europawahl 2009 mit 43 Prozent (Deutschland: 43,3 Prozent) ihren bisherigen Tiefpunkt erreicht. 1979 waren noch fast 62 Prozent der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger zur Wahl gegangen, 2004 waren es rund 45 Prozent gewesen.

sbr

EP stärkt Antidiskriminierungsrichtlinie

♦ Mit einer deutlichen Mehrheit von 363:266 stimmte das Europäische Parlament (EP) Ende März für eine umfassende Antidiskriminierungsrichtlinie. Damit habe es dem konservativen Lager „eine empfindliche Niederlage“ beschert, so die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPE-Fraktion Lissy Gröner zur Entscheidung über die Richtlinie zur Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung. Dadurch werde künftig auch außerhalb des Arbeitsplatzes die Gleichbehandlung zum europäischen Recht erhoben. Im Vorfeld der Abstimmungen hatten CDU/CSU und FPD versucht, diese Richtlinie zu kippen.

Das Parlament forderte Änderungen in drei Punkten: Quervermerke, um Diskriminierung aufgrund des Geschlechts zu verhindern und Barrierefreiheit für behinderte Menschen zu gewährleisten, Zugang zu Medien und Bildung sowie Mehrfachdiskriminierung zu regeln. „Hier sind gute Kompromisse erzielt worden. Wenn jetzt deutsche Konservative und Liberale die Richtlinie gänzlich ablehnen, reißen sie sich die Maske vom Gesicht: Sie wollen Diskriminierung weiter ungestraft hinnehmen und Homosexuelle in ihren Rechten einschränken. Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit wurde berücksichtigt. Die ‚schwarze Frau im Rollstuhl‘ wird fünf Jahre nach dem Versprechen von Kommissionspräsident Barroso end-

lich den vollen Schutz der EU genießen“, betonte Gröner. „Opfer von Diskriminierungen jedweder Art unterliegen jetzt nicht mehr einer Hierarchie von Diskriminierungen. Nun liegt es am Ministerrat die Menschenrechte aller zu stärken“, so Gröner. Hintergrund: Der Vorschlag der Kommission (KOM(2008)0426)) „zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung“ wurde federführend im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten (LIBE) von der holländischen Berichterstatterin Buitenweg behandelt. Im Kulturausschuss war Lissy Gröner Berichterstatterin.

sbr

Neue Mutterschutzrichtlinie

♦ Mit einer klaren Mehrheit hat der EU-Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) am 16. März 2009 den Bericht zur Überarbeitung der Mutterschutzrichtlinie in erster Lesung angenommen. Mit seinem Beschluss geht der Ausschuss über den ursprünglichen Entwurf der EU-Kommission zur Änderung der Mutterschutzrichtlinie 92/85/EWG hinaus: Die Mitglieder stimmten für eine Ausweitung des Mutterschutzes von 14 auf 20 Wochen und liegen damit zwei Wochen über dem Kommissionsvorschlag - zwei Wochen sind obligatorisch für Väter gedacht. Ferner sollen gleichgeschlechtliche Paare neu in der Rahmenrichtlinie verankert werden.

Im Einzelnen ist vorgesehen, dass sechs der insgesamt 20 Wochen Mutterschutz nach der Geburt in Anspruch genommen werden. Dies soll Frauen ermutigen, ihr Kind so lange wie möglich zu stillen, hieß es. Für diese Zeit will der Ausschuss die Arbeitgeber gesetzlich verpflichten, der Mutter den vollen Lohn weiterzuzahlen. In der restlichen Babypause sind mindestens 85 Prozent vorgesehen.

Ferner sprachen sich die Parlamentarier dafür aus, dass die Väter mindestens in den ersten beiden Wochen nach der Entbindung zu Hause bleiben. Bei gleichgeschlechtlichen Elternpaaren soll der Sonderurlaub auch der Partnerin zustehen. Außerdem sind absoluter Kündigungsschutz in der Babypause und Einschränkungen für den Fall geplant, dass die Mutter in den zwölf Monaten danach entlassen werden sollte. Die Änderung der Richtlinie 92/85/EWG zielt insgesamt darauf ab, die Sicherheit und den Gesundheitsschutz von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen zu verbessern. Die Gesetzesinitiative ist Teil des „Pakets zur Förderung der Vereinbarkeit“ der Kommission.

Viele der 27 EU-Staaten haben bereits Bedenken gegen die neue Richtlinie angemeldet, darunter auch Deutschland. Die Bundesregierung stellt sich gegen eine Ausweitung des Mutterschutzes. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) befürchtet, die Vorgaben könnten Frauen auf dem deutschen Arbeitsmarkt benachteiligen. sbr

Unicef-Report zur sexuellen Ausbeutung

♦ Nach Schätzung der Vereinten Nationen werden jährlich 150 Millionen Mädchen und 73 Millionen Jungen unter 18 Jahren zum Sex gezwungen. Die Täter müssten zur Rechenschaft gezogen werden auch über nationale Grenzen hinweg, betonte die Unicef-Geschäftsführerin Regine Stachelhaus bei der Vorstellung des Unicef-Reports 2009 „Stoppt sexuelle Ausbeutung!“.

Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011

♦ Die Europäische Kommission hat Anfang Juni beschlossen, 2011 zum „Jahr der Europäischen Freiwilligentätigkeit“ auszurufen. Ziele des Jahres sollen sein, günstige Rahmenbedingungen für Engagement und Freiwilligenorganisationen in der EU zu schaffen, die Freiwilligentätigkeiten besser anzuerkennen sowie für die Bedeutung des Engagements zu sensibilisieren. Jedes EU-Mitgliedsland soll eine nationale Koordinierungsstelle für dieses Jahr benennen. Für die verschiedenen Vorhaben stehen insgesamt 8 Millionen Euro zur Verfügung. Jetzt muss noch das Europäische Parlament dem Vorschlag zustimmen.

Durchwahl zum LFR 030/785 70 10

KDFB-Bundesfest

♦ Zum nächsten Bundesfest lädt der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) Berlin am Donnerstag, den 2. Juli 2009, ins Haus Helene Weber, Wundtstraße 40-44 in Charlottenburg ein. Den Auftakt bildet um 18 Uhr traditionell die Feier der Heiligen Messe, im Anschluss hält rbb-Intendant Dagmar Reim den Festvortrag zum Thema „Frauen in den Medien“. Anmeldungen nimmt der KDFB telefonisch unter 321 50 21 sowie via Mail an info@kdfb-berlin.de entgegen.

Führung im Filmmuseum

♦ Der Deutsche Staatsbürgerinnen-Verband lädt am 18. August ins Filmmuseum Berlin ein. Auf dem Programm steht eine Führung durch die Ausstellung „Wir waren so frei – Momentaufnahmen 1989/90. Treffpunkt ist um 10.15 Uhr vor dem Museum in der Potsdamerstraße 2.“

Mehr Informationen unter www.staatsbuergerinnen.org im Internet.

Noch Plätze frei

♦ Die Fraueninitiative Berlin – Warschau e.V. hat noch Plätze für ihre Polenreise „Von Rzeszów nach Lemberg: Karpatenvorland und Galizien“ vom 6. bis 13. September 2009 zu vergeben. Zum Reiseprogramm gehören eine Führung durch Rzeszów, der Hauptstadt des Karpatenvorlandes, die Besichtigung von Przeworsk mit Heilig-Geist-Basilika und Freilichtmuseum, Rundgänge durch die tausendjährige Stadt Przemyśl, durch Lemberg und Tarnów sowie Treffen mit örtlichen polnischen Vereinen. Die Teilnahme kostet rund 600 Euro. Darin enthalten sind sämtliche Reisekosten, Übernachtung, Frühstück und Abendessen, Reiseleitung und deutschsprachige Führungen sowie Programmkosten. Zur Anmeldung ist eine Anzahlung in Höhe von 200 Euro nötig. Außerdem ist ein Reisepass erforderlich, der mit Reiseantritt noch mindestens ein halbes Jahr gültig ist. Informationen erteilt Maria Gast-Ciechomska via Mail an gast.frauenini@gmx.de, Details auch unter www.frauenini-berlin-warschau.de im Internet.

Auftakt für 100 Jahre KDFB in Berlin

♦ „Sei gepriesen, weil Du mich erschaffen hast“ – Wer ist diese Frau, die mit einem solchen Satz des Lobpreises im Jahr 1253 aus dem irdischen Leben gegangen ist? Die Frau, die als erste in der Kirchengeschichte eine Ordensregel verfasst hat, die päpstlich anerkannt wurde, Weggefährtin, Ordensgründerin, Dienerin der Armen, Vorbild und Wegbegleiterin auch für uns heute. Wer ist Klara von Assisi?

Klara von Assisi wurde 1193 oder 1194 als Adelstochter geboren – und entschloss sich mit achtzehn Jahren, der religiösen Armutsbewegung zu folgen, die von Franziskus in ihrer unmittelbaren Nähe angestoßen worden war. Da ihr als Frau das Dasein als Wanderpredigerin nicht offenstand, lebte sie mit einer wachsenden Zahl von „armen Schwestern“ in San Damiano. In dieser strengen Klausur lebte Klara ihre Berufung im intensiven Gebet – und im franziskanischen Ideal der vollkommenen Armut. In der Solidarität mit den Armen stellte sie sich in den Dienst für andere und den Dienst für Gott. Zeit ihres Lebens musste sie dafür gegen Widerstand aus Rom ankämpfen, um diese radikale Nachfolge Jesu für sich und ihre Schwestern verbindlich festschreiben



zu können. Erst einen Tag vor ihrem Tod erhielt sie die päpstliche Anerkennung für ihre Ordensregel. Dass sie diesen entschlossenen Einsatz für ihre Ideale lebenslang geführt hat, lässt es gerechtfertigt erscheinen, der Heiligen Klara posthum ein entschlossenes „Ja“ für das Frauendiaconat in den Mund zu legen.

Der „Tag der Diakonin“ und 100 Jahre Frauenbund in Berlin, diese beiden Ereignisse waren der Anlass für eine fröhliche Feier im Haus Helene Weber: Am 2. April 1909 war der Berliner Zweigverein des Frauenbundes in kleinem Kreis gegründet worden. Die spannende Geschichte des Verbandes ist jetzt in einer Dauerausstellung, die im Haus gehängt ist, nachzulesen und auch die Frauen, die den Verband in den letzten 100 Jahren geprägt haben, werden vorgestellt. Ihre Eröffnungsrede anlässlich der ersten Mitgliederversammlung schloss die erste Vorsitzende des neu gegründeten Berliner Zweigvereins, Maria Heßberger, mit den Worten: „Gott die Ehre, dem Nächsten den Nutzen, uns die Arbeit“. Klare Worte, die bis heute ihre Gültigkeit haben.

Christine Oberer,
Marlies Brouwers

Im Spiegel des Gender Index

♦ Wie die Chancengleichheit in Brandenburg ausgeprägt ist, lässt sich am „Gender Index“ ablesen: Abiturientinnenquote, Einkommensverteilung oder Chancenverteilung auf dem Arbeitsmarkt, per Knopfdruck lassen sich 19 Kriterien aufrufen. Dank einer interaktiven Landkarte ist es möglich, jeden Landkreis oder kreisfreie Stadt in Augenschein zu nehmen. Bei einer gemeinsamen Tagung des Frauenpolitischen Rates mit dem DGB Bezirk Berlin-Brandenburg wurde am 22. April in Cottbus das von der Hans-Böckler-Stiftung mit dem

FRAUENPOLITISCHER RAT
LAND BRANDENBURG e.V.



Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung entwickelte Internetangebot „Gender Index“ unter die Lupe genommen und über Chancen-(un)gleichheit in den Regionen debattiert. Ergebnis der jüngsten Untersuchung: Teltow-Fläming hat bei der Gleichstellungspolitik die Nase vorn, der Landkreis Elbe-Elster bildet das Schlusslicht. Ergänzt wird der „Gender Index“ mit regionalen Hintergrundinformationen, jedes Jahr soll er aktualisiert werden, um Fortschritte in Sachen Gleichstellung dokumentieren zu können.

Die Dokumente der Cottbuser Tagung sowie Infos zur Nutzung des Gender Index sind unter www.frauenrat-brandenburg.de, der Index selbst ist unter www.gender-index.de abrufbar.

Resolution zur Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs

♦ Bei seiner Delegiertenversammlung am 18. April 2009 hat der Landesfrauenrat Niedersachsen e.V. drei Resolutionen beschlossen. Darin positioniert sich der LFR Niedersachsen zu regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen als wichtigstem Schutz vor Gebärmutterhalskrebs, zur Zusammensetzung der Niedersächsischen Härtefallkommission, die frauenpolitische Korrekturen vornehmen soll, sowie zur Finanzierung der regionalen Kriseneinrichtung ADA, die von Zwangsverheiratung bedrohte Mädchen und Frauen aufnimmt. Von überregionaler Bedeutung ist die Resolution zum Thema „Gebärmutterhalskrebs“, die sich mit der seit einigen Monaten verfügbaren Impfung dagegen kritisch auseinandersetzt. Die Gefahr sei groß, dass viele Mädchen und ihre Eltern denken, die Impfung schütze ein Leben lang. Sie meinten daher, dass Vorsorgeuntersuchungen nicht mehr nötig seien und ein ungeschützter Geschlechtsverkehr zwar zur Schwangerschaft führen könne, aber hinsichtlich der Übertragbarkeit der Viren ungefährlich sei. Hier sei Aufklärungs- und Informationsarbeit wichtig. Deshalb fordert der LFR Niedersachsen die Landesregierung dazu auf, bei den Fortbildungen durch das Landesgesundheitsamt mit Nachdruck darauf hinzuweisen, „dass trotz Impfung regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen auf Krebs des Gebärmutterhalses notwendig sind, da die Impfung keinen ausreichenden lebenslangen Schutz bedeutet und in ihrer Wirkungsweise eingeschränkt ist“. Die Ärztekammer soll um Mitwirkung gebeten werden. Der LFR Niedersachsen fordert zudem, „die Niedersächsischen Schulen ebenfalls darüber zu informieren, dass die Impfung allein kein ausreichender Schutz vor Gebärmutterhalskrebs ist, sondern in erster Linie die regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen und der persönliche Schutz beim Geschlechtsverkehr wirksame Maßnahmen gegen diese Krebsform sind“. Dieser Sachverhalt soll im Rahmen des Unterrichts den Schülerinnen und Schülern mit Nachdruck vermittelt werden. Der LFR Niedersachsen hatte sich im November 2006 für die flächendeckende Einführung der Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs eingesetzt und nimmt mit der neuen Resolution kritische Expertenstimmen auf. So sei nicht bekannt, wie sicher und wie lange der Impfstoff vor Gebärmutterhalskrebs schützt und mit welchen langfristigen Nebenwirkungen zu rechnen sei. Die Impfung wirke auch nicht gegen alle Viren, die zu Gebärmutterhalskrebs führen können. Die Impfung wirke nur vorbeugend, eine bereits bestehende Infektion oder Gewebeveränderung könne sie nicht beseitigen, betonten die LFR-Aktiven. sbr

wendig sind, da die Impfung keinen ausreichenden lebenslangen Schutz bedeutet und in ihrer Wirkungsweise eingeschränkt ist“. Die Ärztekammer soll um Mitwirkung gebeten werden. Der LFR Niedersachsen fordert zudem, „die Niedersächsischen Schulen ebenfalls darüber zu informieren, dass die Impfung allein kein ausreichender Schutz vor Gebärmutterhalskrebs ist, sondern in erster Linie die regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen und der persönliche Schutz beim Geschlechtsverkehr wirksame Maßnahmen gegen diese Krebsform sind“. Dieser Sachverhalt soll im Rahmen des Unterrichts den Schülerinnen und Schülern mit Nachdruck vermittelt werden. Der LFR Niedersachsen hatte sich im November 2006 für die flächendeckende Einführung der Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs eingesetzt und nimmt mit der neuen Resolution kritische Expertenstimmen auf. So sei nicht bekannt, wie sicher und wie lange der Impfstoff vor Gebärmutterhalskrebs schützt und mit welchen langfristigen Nebenwirkungen zu rechnen sei. Die Impfung wirke auch nicht gegen alle Viren, die zu Gebärmutterhalskrebs führen können. Die Impfung wirke nur vorbeugend, eine bereits bestehende Infektion oder Gewebeveränderung könne sie nicht beseitigen, betonten die LFR-Aktiven. sbr

Feminisierung in der Medizin

♦ Mindestens sechs von zehn Erstsemestern im Fach Humanmedizin sind Frauen, bei den Berufseinsteigerinnen stellen Ärztinnen knapp 60 Prozent. Die Perspektiven für Medizinstudierende, eine Stelle zu bekommen, scheinen insgesamt so gut wie nie zuvor. Der Deutsche Ärztinnenbund hat jetzt deshalb dringend familien- und frauenfreundliche Arbeitsbedingungen in Kliniken und Praxen gefordert, statt den Ärztemangel zu beklagen. „Ich betrachte die Feminisierung der Medizin als große Chance für Ärztinnen und Ärzte und auch für die Patienten“, meint dazu

die Präsidentin des Deutschen Ärztinnenbundes, Dr. med. Astrid Bühren. „Immer mehr wissenschaftliche Studien weisen darauf hin, dass weibliche Ärzte ihre Patienten besser therapieren: sie sind deutlich zugewandter, fürsorglicher und empathischer. Und sie bereichern die Medizin, indem sie zunehmend erforschte Geschlechtsunterschiede in der Medizin berücksichtigen, so dass Frauen mit chronischer Herzschwäche bei einer Ärztin tatsächlich in besseren Händen sind.“ Checklisten und Informationen zum Thema sind unter www.aerztinnenbund.de zu finden.

Hätten wir
das Wort, hätten
wir die Sprache,
wie bräuchten die
Waffen nicht.

Ingeborg Bachmann,
Lyrikerin

BayLFR-Beschwerde beim Deutschen Werberat

♦ Der Bayerische Landesfrauenrat (BayLFR) hat beim Deutschen Werberat Beschwerde eingereicht: Dabei steht eine Anzeige der Firma „Sixt“ im Fokus, die in der Süddeutschen Zeitung am 17. und am 24. März 2009 geschaltet wurde. „Mit großem Bedauern mussten wir feststellen, dass Sixt mit einer – für unser Verständnis – diskriminierenden Anzeige wirbt“, betont der BayLFR. „Das Printmotiv zeigt eine Frau in sexy Pose, die mit einer fragwürdigen Aussage für Autos von Sixt wirbt. In ihren fruchtbaren Tagen bevorzugen Frauen stürmische Männer. In den unfruchtbaren sanfte. Ein kluger Mann fährt nicht in beiden Phasen das gleiche Auto“, so der Wortlaut der Werbung“, beschreiben die LFR-Aktiven den Sachverhalt. „Nach dem Grundsatz des Deutschen Werberates dürfen keine Aussagen oder Darstellungen verwendet werden, die Personen/Frauen auf ihre reine sexuelle Funktion reduzieren und deren ständige sexuelle Verfügbarkeit nahelegen. Dieser Grundsatz wird mit der Anzeige nach unserer Einschätzung missachtet.“ Daher fordert der BayLFR die Einstellung dieser Werbekampagne.

Über den Deutschen Werberat können sich Interessierte unter www.werberat.de informieren.

Durchwahl zum
LFR Berlin
030/785 70 10

**Der LandesFrauenRat Berlin feiert
„30 Jahre LFR - Frauen bewegen Berlin“**

*Als Dachverband der Berliner Frauenorganisationen
vertreten wir die Interessen aller Berlinerinnen.
Wir haben Berliner Frauengeschichte geschrieben und
gleichstellungspolitische Meilensteine gesetzt.*

*Wir wollen die Verdienste der
LFR-Aktiven einst und heute würdigen
und unseren Partnerinnen und Partner
in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft Dank sagen.*

Mit Ihrer Hilfe?!?
**Zur Finanzierung unseres Jubiläumsprogramms
sind wir auf Ihre Spende angewiesen.**

Das können Sie tun!

Entweder: Einmalig einen Spendenbetrag überweisen.

Unser Konto:

Landesfrauenrat Berlin e.V.
Kontonummer 600 487 00 16
Pax Bank eG - BLZ 370 601 93
Verwendung: Jubiläum 2009

Oder: Den LFR Berlin 2009 regelmäßig mit einer Spende unterstützen.
Wenden Sie sich dazu bitte an unsere Geschäftsstelle.

Alle Spenderinnen und Spender werden in „Wir Berlinerinnen“ veröffentlicht
(soweit sie dem nicht widersprechen).

Dauerspenderinnen erhalten regelmäßig Informationen über die
LFR-Aktivitäten und sind Ehrengäste bei der
Abschlussveranstaltung des LFR-Jubiläumsjahres.

Der LFR Berlin ist als gemeinnützig anerkannt und Spenden von der Steuer absetzbar.

Kontakt: LFR Berlin
Sigmaringer Straße 1 - 10713 Berlin
Telefon: 030/785 70 10
Email: lfr-berlin@t-online.de
Internet: www.lfr-berlin.de

30 Jahre  **LandesFrauenRat** Berlin e.V.